

UNI-REPORT

10. April 1975

JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT

Jahrgang 8 / Nr. 4

Ausschüsse beraten über Ausbildungskapazitäten

Im kommenden Wintersemester 1975/76 wird über eine Vielzahl von Studiengängen der Numerus clausus verhängt. Dies haben die im Verwaltungsausschuß der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) vertretenen Bundesländer beschlossen. An der Universität Frankfurt werden erstmals für folgende Studiengänge Zulassungshöchstzahlen eingeführt werden:

Rechtswissenschaft	(Staatsexamen)
Betriebswirtschaftslehre	(Diplom)
Volkswirtschaftslehre	(Diplom)
Wirtschaftspädagogik	(Diplom und Staatsexamen)
Soziologie	(Diplom)
Politikwissenschaft	(Promotion)
Sozialkunde	(Staatsexamen für alle Lehrämter)
Sport	(Magister und Staatsexamen für alle Lehrämter)
Historische Wissenschaften	(alle Magisterabschlüsse)
Geschichte	(Staatsexamen für alle Lehrämter)
Musikerziehung	(Staatsexamen für alle Lehrämter)
Germanistik	(Magister)
Deutsch	(Staatsexamen für alle Lehrämter)
Anglistik	(Magister)
Englisch	(Staatsexamen für alle Lehrämter)
Romanistik	(Magister)
Französisch	(Staatsexamen für alle Lehrämter)
Mathematik	(Diplom und Staatsexamen für alle Lehrämter)
Physik	(Staatsexamen für alle Lehrämter)
Chemie	(Staatsexamen für alle Lehrämter)
Geographie	(Diplom und Staatsexamen für alle Lehrämter)
Bisher waren bereits zulassungsbeschränkt:	
Pädagogik	(Diplom)
Psychologie	(Diplom)
Kunsterziehung	(Staatsexamen für alle Lehrämter)
Physik	(Diplom)
Chemie	(Diplom)
Pharmazie	(Staatsexamen)
Biologie	(Diplom und Staatsexamen für alle Lehrämter)
Humanmedizin	(Staatsexamen)
Zahnmedizin	(Staatsexamen)

Die konkreten Höchstzahlen für die zulassungsbeschränkten Studiengänge werden im Juli vom Hessischen Kultusminister festgesetzt. Die Vergabe der Studienplätze erfolgt dann über die ZVS in Dortmund.

Gegenwärtig berät der Kultusminister mit den Hochschulen über das Verfahren für die Festsetzung von Höchstzahlen. Zuständig für die Mitwirkung bei der Entscheidungsfindung sind der Zentrale Haushaltsausschuß und der Zentrale Lehr- und Studienausschuß der Universität. Die beiden Ausschüsse müssen ihre Meinungsbildung bis Ende Mai abgeschlossen haben.

Grundlage für die Festsetzung von Höchstzahlen muß nach dem Numerus-Clausus-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. 7. 1972 die Ausbildungskapazität der Hochschule sein. Um Daten für die Berechnung dieser Kapazität

zu erhalten, wurde im letzten Wintersemester in den Fachbereichen eine Erhebung nach einem von den Bundesländern beschlossenen einheitlichen Modell durchgeführt, der sogenannte „Vorlauf der Kapazitätsverordnung“ (KapVO). Zwar war dieser Vorlauf ausdrücklich als Erprobung eines Kapazitätsermittlungsinstrumentariums deklariert worden, nicht als Grundlage für rechtswirksame Festlegungen von Zulassungszahlen. Da jedoch kein genaueres Datenmaterial vorliegt und die Hochschulen durch das Numerus-Clausus-Urteil zur vollen Auslastung ihrer Kapazitäten verpflichtet sind, müssen die Ergebnisse des Vorlaufs nun doch herangezogen werden.

Die Erhebungsdaten der Fachbereiche und die daraus von der Zentralverwaltung berechneten Ergebnisse liegen inzwischen vor und wurden mit umfangreichen Erläuterungen über die Problematik des Kapazitätsmodells dem

Haushaltsausschuß und dem Lehr- und Studienausschuß zunächst als Informationsmaterial zugeleitet. In den nächsten Wochen werden die beiden Ausschüsse vermutlich in mehreren gemeinsamen Sitzungen Kriterien erarbeiten, um die Erhebungen zu bewerten und Zulassungshöchstzahlen für die oben genannten Studiengänge vorzuschlagen. Als erster gemeinsamer Sitzungstermin ist der 24. April vorgesehen. In diesen Tagen werden auch die Fachbereiche über die für sie berechneten Ergebnisse informiert und um Meinungsäußerungen dazu gebeten.

Das gegenwärtig zu erprobende Kapazitätsmodell, das die Ausbildungskapazität der Hochschulen als Funktion des Lehrangebots feststellt, ist bereits von vielen Seiten kritisiert worden, so auch in verschiedenen Fachbereichen und Gremien der Universität Frankfurt. Problematisch ist die Aussagekraft der erhobenen Daten vor allem auch deshalb, weil nach dem Modell detaillierte Studienpläne vorausgesetzt werden, die für die meisten Studiengänge an der Universität Frankfurt nicht vorhanden sind. Zum anderen enthält das Modell eine Vielzahl von Parametern, für die der Hessische Kultusminister teilweise in Zusammenarbeit mit den Hochschulen gewisse Bandbreiten normiert hat. Dazu gehören Festlegungen über das „Lerndeputat“ der Studenten während

(Fortsetzung auf Seite 2)

Zentraler Wahlvorstand

Der Konventvorstand hat auf seiner Sitzung am 7. April 1975 einen Zentralen Wahlvorstand gebildet, der für die ordnungsgemäße Durchführung der Konventwahlen im Juni und für strittige Fragen bei den gleichzeitig stattfindenden Fachbereichswahlen zuständig ist. Dem Wahlvorstand gehören an:

Gruppe Professoren
Prof. Dr. Schaarschmidt, Fachbereich 13; Vertreter: 1. Prof. Dr. Kummer, Fachbereich 13; 2. Prof. Dr. K. Arndt, Fachbereich 1

Gruppe Dozenten
Dr. Gerd Freidhoff, Fachbereich 11; Vertreter: 1. Dr. G. Giesemann, Fachbereich 11; 2. Dr. Lothar Schaaf, Fachbereich 9

Gruppe Wiss. Mitarbeiter
Dr. Trostmann, HRZ; Vertreter: 1. Herr Bock, Fachbereich 1; 2. Herr Jungbluth, DZ

Gruppe Studenten
Ludwig Müller; Vertreter: 1. Erich Mika; 2. Christine Senf

Gruppe Sonstige Mitarbeiter
Herr Riehn, Rechtsabteilung; Vertreter: 1. Herr Musmann, Rechtsabteilung; 2. Herr Bleul, Pers.-Abt. — Kliniken.



Zum Amtsantritt am 1. April überreichte die Staatssekretärin im Hessischen Kultusministerium, Dr. Vera Rüdiger, dem neuen Präsidenten der Universität Frankfurt, Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp die Ernennungsurkunde. Der 41jährige Wirtschaftswissenschaftler wurde am 5. Februar vom Konvent für acht Jahre zum Präsidenten gewählt. Er ist Nachfolger von Prof. Dr. Erhard Kantzenbach, der nach vierjähriger Amtszeit zurücktrat. Krupp war seit 1969 Professor für Sozialpolitik an der Universität Frankfurt. Zwei Jahre lang war er bis zu seinem Amtsantritt als Präsident Vizepräsident. Ein neuer Vizepräsident wird voraussichtlich auf der nächsten Konventssitzung am 16. April gewählt. (Foto: Bopp)

Hausordnung ist rechtswidrig

Wegen verfassungsrechtlicher Bedenken hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof Kassel am 27. 1. 1975 in letzter Instanz die Hausordnung für die Universität Gießen, die im Wege der Ersatzvornahme vom Hessischen Kultusminister erlassen wurde, aufgehoben. Damit steht fest, daß auch die für die Universität Frankfurt erlassene Hausordnung rechtswidrig ist.

Im Widerspruch zum Verfassungsrecht steht die Hausordnung wegen der darin vorgesehenen Möglichkeit, Studenten zwangsweise zu exmatrikulieren. In der Begründung des Verwaltungsgerichtshofes heißt es dazu: „Bei dem Ausschluß handelt es sich um einen Eingriff in das Grundrecht der freien Berufswahl, das auch die Wahl der Ausbildungsstätte mitumfaßt... Aus dem Rechtsstaatsgebot des Grundgesetzes ergibt sich, daß der Gesetzgeber Regelungen, die die Freiheit der Berufswahl berühren, in ihren Grundzügen selbst treffen muß, und daß es nicht in seinem Belieben steht, in welchem Umfange er die Rechtssetzungsbefugnis Einrichtungen der Selbstverwaltung oder der Verwaltung als Verordnung überlassen will. Am stärksten eingeschränkt ist er bei der Übertragung von Berufszulassungsregelungen an Selbstverwaltungskörperschaften... Er kann diesen Regelungen überlassen, die die Art der Berufsausübung betreffen oder die Rechtsbeziehungen zwischen den Mitgliedern der Körperschaft. § 3 Abs. 2 Ziffer 5 der Hausordnung ist jedoch eine Regelung, die über das Mitgliedschaftsverhältnis hinaus geht, weil die Mitgliedschaft beendet, also die gewünschte Ausbildung praktisch verweigert werden soll...“

dem Satzungsrecht der Hochschulen überlassen. Er hat die Regelung auch nicht wirksam dem Hessischen Kultusminister überlassen. Er hat nämlich ein Programm, aus dem sich wenigstens in Umrissen ergeben würde, unter welchen Voraussetzungen ein Ausschluß vom Studium vorgenommen werden darf, nicht aufgestellt. Aus § 24 Abs. 3 HHG ist ein solches Programm nicht zu entnehmen, da diese Bestimmung in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Schlichtung von Konflikten erlassen worden ist, während die Regelung der Exmatrikulation — wenn überhaupt — dem Kultusminister in § 16 Abs. 3 HHG übertragen werden sollte. Aus § 16 Abs. 3 HHG ist jedoch ebensowenig ein Programm zu entnehmen; seine Formulierung spricht vielmehr lediglich dafür, daß der Hessische Kultusminister die technischen Fragen für Immatrikulation und Exmatrikulation durch Verordnung regeln kann...“ (AZ: VI OE 77/74)

Die nächste Ausgabe von UNI-REPORT

erscheint am 24. April 1975. Redaktionsschluß ist der 18. April, in Ausnahmefällen auch später.

UNI-REPORT steht im Rahmen seiner Möglichkeiten allen Universitätsmitgliedern für Veröffentlichungen zur Verfügung.

Veranstaltungen

Donnerstag, 10. April

H. Zwölfer, Staatliches Museum für Naturkunde, Stuttgart, Schloß Rosenstein:

Die Bohrfliege Urophora cardui und ihre Gegenspieler — Untersuchungen über Struktur und Funktion eines komplexen Wirt-Parasitoid-Systems

17.15 Uhr, Großer Hörsaal der Biologischen Institute, Siesmayerstraße 70

Veranstalter: Die Dozenten der Zoologie

Freitag, 11. April

W. Orthmann, Saarbrücken:

Ausgrabungen der Deutschen Orientgesellschaft in Tell Munbaqa (Syrien)

17 Uhr, Archäologisches Institut, Gräfstraße 76, 8. Stock

Veranstaltung im Rahmen des Kolloquiums „Neue Funde und Forschungen“

UNI-REPORT

Zeitung der Universität Frankfurt am Main. Herausgegeben vom Präsidenten der Universität. Redaktion: Andrea Fülgraff und Reinhard Heisig, Presse- und Informationsstelle der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt, D-6 Frankfurt am Main 1, Senckenberganlage 31, Telefon 06 11 / 7 98 - 25 31 oder 24 72, Telex 0 413 932 univ d. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

UNI-REPORT erscheint alle 14 Tage am Donnerstag, mit Ausnahme der Semesterferien. Die Auflage von 15 000 Exemplaren wird an die Mitglieder der Universität Frankfurt am Main verteilt. — Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 6 vom 1. Oktober 1974 gültig. — Druck: Union-Druckerei, 6 Frankfurt am Main.

Dienstag, 15. April

J. Landon, St. Bartholomews Hospital, West Smithfield, London:

Developments in the field of radioimmunoassay and related techniques

18.15 Uhr, Hörsaal des Paul-Ehrlich-Instituts, Paul-Ehrlich-Straße 42-44

198. Kolloquium des Paul-Ehrlich-Instituts, des Georg-Speyer-Hauses und des Ferdinand-Blum-Instituts

J. Daub, Regensburg:

Donor-Akzeptor-Systeme: Heteroatomstabilisierte Carbokationen als Standardakzeptoren

17.30 Uhr, Chemie-Mehrzweckgebäude Niederrad, Seminarraum 201

Veranstaltung im Rahmen des „Chemischen Kolloquiums Niederrad“

Dienstag, 22. April

Charlotte Warnke, Frankfurt:

Antrittsvorlesung: Die Wirtschaftspolitik des Adels in Polen/Litauen und im Deutschen Reich zu Beginn der frühen Neuzeit

12.15 Uhr, Hörsaal H 10
Veranstalter: Fachbereich Geschichtswissenschaften

Wolf Tietze, Braunschweig:

Der Geograph im Verlagswesen: Anforderungen und Tätigkeitsmerkmale

17.15 Uhr, Geographisches Institut, Senckenberganlage 36, Raum 308

Veranstaltung im Rahmen des Geographischen Kolloquiums „Geographie in Ausbildung und Praxis“

H. B. Bürgi, Zürich:

Reaktionswege — Strukturelle und Quantenchemische Untersuchungen

17.30 Uhr, Chemie-Mehrzweckgebäude Niederrad, Seminarraum 201

Veranstaltung im Rahmen des „Chemischen Kolloquiums Niederrad“

Mittwoch, 23. April

Herr Janosch, München:

Lesung und Werkstattgespräch (Gastvortrag)

11.00 Uhr, Institut für Jugend-

buchforschung, Georg-Voigt-

Straße 12

China bietet Stipendien an

In den vergangenen zwei Jahren hat die Volksrepublik China 10-15 Stipendien zum Studium der chinesischen Sprache, Literatur Geschichte und Philosophie angeboten.

In der Annahme, daß auch für 1975/76 ein solches Angebot erfolgt, nimmt der DAAD Bewerbungen für diese Stipendien entgegen.

Bewerben können sich:

1. jüngere Sinologen des 4.-6. Semesters bzw. diejenigen, die eine Zwischenprüfung abgelegt haben,

2. deutsche Graduierte aller Fachrichtungen, die entsprechende Chinesischkenntnisse besitzen.

Bewerbungstermin: 30.4. bei der Auslandsstelle der Universität Frankfurt.

Die Dauer des Stipendiums beträgt zunächst ein Jahr (voraussichtlich September 1975 — August 1976).

... Kapazitäten

(Fortsetzung von Seite 1)

ihres Studiums über das Lehrdeputat der verschiedenen wissenschaftlichen Personengruppen sowie der Struktur des Curriculums hinsichtlich Veranstaltungen mit begrenzter und unbegrenzter Teilnehmerzahl.

Je nach den vorab gemachten Annahmen können die Kapazitätsergebnisse stark voneinander abweichen. Dies sei kurz angedeutet: Geht man davon aus, daß der Vorlesungsanteil eines Studienganges möglichst gering, der Anteil von Lehrveranstaltungen in kleinen Gruppen möglichst hoch sein soll, so ist die Ausbildungskapazität erheblich kleiner als bei hohem Vorlesungsanteil und unbeschränkter Hörerzahl und einem geringen Anteil von Kleingruppenveranstaltungen. Desgleichen verringert sich die Ausbildungskapazität, wenn man eine hohe Zahl von Wochenstunden für die Studenten festlegt.

Somit stehen die Zentralen Ausschüsse bei der Erarbeitung von Vorschlägen für Zulassungshöchstzahlen vor dem Problem, einen gemeinsamen Nenner für zwei Ziele zu finden: die Ausnutzung der Kapazität in Verbindung mit der Fortentwicklung der Studienreform. Dabei sollten die Ausschüsse, wie Präsident Krupp betonte, bedenken, daß die Hochschulen in den nächsten Jahren mit einer Notsituation rechnen müssen. Eine großzügige Ausweitung ihrer personellen und räumlichen Kapazitäten ist nicht zu erwarten. Dagegen aber wird der Anteil der Studienberechtigten bis auf 30 Prozent eines Jahrgangs anwachsen, während nur 22 bis 24 Prozent einen Platz an der Hochschule erhalten können. Damit die Zahl derjenigen, die „vor den Toren bleiben“ müssen, nicht noch vergrößert werde, sei, so Krupp, die Universität verpflichtet, ihre Kapazität bis zum äußersten auszulasten.

Anzeige

Vergessen Sie Ihre Vorurteile! Informieren Sie sich über Korporationsarbeit! Wir — der VEREIN DEUTSCHER STUDENTEN ZU FRANKFURT/MAIN (VDS) sind eine national-freiheitliche Korporation, seit Universitätsöffnung 1914 aktiv.

Schreiben Sie uns eine Karte: Wir senden Ihnen sofort unverbindliches Informationsmaterial.

VDS, 6 Frankfurt/Main 1
Universitätspoststelle
Besuchen Sie uns: Freitags 20.00 c. t. „Finkenhof“, Finkenhofstraße 17.

KSG-Sekretariat

Die Katholische Studentengemeinde (KSG) an der Universität Frankfurt bietet auch in diesem Sommersemester wieder ein umfangreiches Programm mit theologischen, geselligen, studienbezogenen und politischen Veranstaltungen an. Sie lädt damit die Studenten ein, die Gemeinde mitzugestalten und neue Initiativen zu entwickeln. Einbezogen sind auch überregionale Tagungen und Seminare. Interessenten für nähere Informationen wenden sich an das Sekretariat der KSG, Beethovenstraße 28, Tel. 74 80 77.

Wirtschaftswissenschaften

Professor Dr. Rosemarie Kolbeck wurde zum H 4-Professor ernannt. Ihr Fach ist „Betriebswirtschaftslehre, insbesondere betriebliche Finanzwirtschaft“.

Gesellschaftswissenschaften

Dr. Alfred Lorenzer wurde zum H 4-Professor ernannt. Sein Fach ist „Soziologie (Sozialisationstheorie)“.

Dr. Eike Hennig wurde zum H 2-Professor ernannt.

Erziehungswissenschaften

Prof. Dr. Aloys Leber leitete beim Kongreß des Deutschen Arbeitskreises für Gruppenpsychotherapie und Gruppendynamik, der vom 19. bis 23. 2. unter dem Leitthema „Klein- und Großgruppen-Arbeit in Therapie, sozialer Praxis und im Bildungsbereich“ stattfand, eine Arbeitsgruppe unter dem Thema „Der Beziehungsaspekt in der Hochschuldidaktik“.

Prof. Dr. Elisabeth Becker ist zum a. o. Professor an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz ernannt worden.

Dr. Horst Rumpf wurde zum H 4-Professor ernannt. Sein Fach ist „Allgemeine Didaktik mit dem Schwerpunkt Unterrichtsforschung und Qualifikationsforschung“.

Dr. Jürgen Schriewer wurde zum H 2-Professor ernannt. Sein Fach ist „Vergleichende Erziehungswissenschaft“.

Psychologie

Dr. Hans-Volker Werthmann ist zum H 2-Professor ernannt worden.

Geschichtswissenschaften

Dr. Charlotte Warnke hat sich im Fach „Mittlere und Neuere Geschichte unter Berücksichtigung der Wirtschaftsgeschichte“ habilitiert.

Prof. Dr. Klaus Zernack (Historisches Seminar — Osteuropäische Geschichte) hat im März und April an den Universitäten Breslau, Posen und Thorn Gastvorlesungen über Probleme der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen gehalten.

Prof. Dr. Eike Haberland (Seminar für Völkerkunde) hat vom 27. bis 31. Januar an der Conférence Générale, sur la Planification du Développement des Archives dans le Tiers-Monde teilgenommen.

Prof. Dr. Eike Haberland unternahm im Oktober 1974 eine Forschungsreise zur Aufnahme oraler Traditionen in Süd-Äthiopien. Damit ist die 1972 begonnene Forschungsunternehmung des Frobenius-Instituts nach Äthiopien — die 37. Forschungsreise des Instituts — abgeschlossen.

Klassisches Philologie und Kunstwissenschaften

Prof. Dr. Wolf Steidle ist mit Ablauf des Monats März von seinen amtlichen Verpflichtungen als Professor (H 4) an einer Universität entbunden worden.

Neuere Philologien

Prof. Dr. Leonhard Lipka hat einen Ruf auf einen Lehrstuhl für Anglistik an der Universität München erhalten.

Dr. Hans Dieter Zimmermann wurde zum H 2-Professor ernannt. Sein Fach ist „Neuere Deutsche Literaturgeschichte“.

Prof. Dr. Klaus Doderer (Direktor des Instituts für Jugendbuchforschung) hielt sich auf Einladung des sowjetischen Schriftstellerverbandes

Personalien

vom 20. bis 26. März in der Sowjetunion auf. Er nahm als Gast an Veranstaltungen anlässlich der sowjetischen Unionswoche des Kinderbuchs in Moskau und Tiflis teil und an einer Vorstandssitzung der „Internationalen Forschungsgesellschaft für Kinder- und Jugendliteratur“.

Prof. Dr. Andreas Stoll hat eine Einladung der Ecole Pratique des Hautes Etudes (Paris) zur Wahrnehmung einer Gastprofessur für Literatursoziologie im Sommersemester 1975 angenommen.

Mathematik

Professor Dr. Rudolf Borges ist zum H 4-Professor ernannt worden. Sein Fach ist „Didaktik der Mathematik“.

Prof. Dr. R. Borges (Didaktik der Mathematik) und Prof. Dr. H. Dinges (Mathematik) waren Leiter einer Tagung „Wahrscheinlichkeitsrechnung in der Schule“ am Mathematischen Forschungsinstitut Oberwolfach in der Zeit vom 12. 1. bis 18. 1. 1975.

Chemie

Dr. Manfred Wilk wurde zum H 3-Professor ernannt. Sein Fach ist „Chemie für Mediziner“.

Prof. Dr. Horst Heydtmann wurde zum H 3-Professor ernannt. Sein Fach ist „Chemie für das Lehramt“.

Biologie

Prof. Dr. Friedrich Günther Barth wurde zum H 4-Professor ernannt. Sein Fach ist „Zoologie“.

Prof. Dr. Volkmar Lange hat im März auf Einladung des Österreichischen Bundesmini-

steriums für Wissenschaft und Forschung an der Universität Wien humangenetische Gastvorlesungen gehalten.

Humanmedizin

Prof. Dr. Hans-Georg Willert (Orthopädische Universitätsklinik — Abteilung für Knochenkrankheiten) erhielt von der Deutschen Forschungsgemeinschaft eine Sachbeihilfe.

Zweck der Forschungen ist die Untersuchung des Gewebes in Umgebung künstlicher Gelenkimplantate auf Abrieb- und Verschleißprodukte der Implantatwerkstoffe. Der Materialverschleiß ist von großer Bedeutung für die Verträglichkeit und Haltbarkeit solcher Gelenkimplantate. Die Untersuchungen sollen dazu beitragen, das Verhalten der Implantatwerkstoffe unter der Funktion und Beanspruchung im menschlichen Organismus zu prüfen und zu kontrollieren. Die gewonnenen Ergebnisse sind besonders wichtig für die Weiterentwicklung solcher Implantate.

Die akademische Bezeichnung Honorarprofessor wurde verliehen an:

Prof. Dr. Wolfgang Lieb
Prof. Dr. Paul Christ
Prof. Dr. Werner Schulze
Prof. Dr. Rudolf Altmann
Prof. Dr. Heinz Pflüger
Prof. Dr. Herbert Cramer
Prof. Dr. Edgar Ungeheuer
Prof. Dr. Georges Fülgraff
Prof. Dr. Wolf Erb
Dr. Albrecht Schmidt
Prof. Dr. Heinrich Kief
Prof. Dr. Rudolf Kröhl
Dr. Jakob Hartleb

Professor Dr. Klaus Hübner wurde zum H 4-Professor ernannt. Sein Fach ist „Pathologie II“.

Prof. Dr. Wolf Erb ist mit Ablauf des Monats Dezember aus dem Beamtenverhältnis des Landes Hessen entlassen worden.

Prof. Dr. Bernd Wiedemann ist zum wissenschaftlichen Rat und Professor an der Universität Bonn ernannt worden.

Professor Dr. Hermann Antoni ist zum ordentlichen Professor für Physiologie an der Universität Freiburg ernannt worden.

Prof. Dr. Siegfried Seidl nahm im Rahmen des deutsch-indischen Kulturaustausches auf Einladung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 3. bis 7. März an dem „Indo-German Symposium on Haematology“ in Hyderabad teil. Er sprach über neue Methoden der Blutkonservierung sowie über Probleme der Diagnostik des Hepatitis B Antigens. Im Anschluß an das Symposium besichtigte die deutsche Delegation auf Einladung der indischen Regierung einige Forschungszentren in Bombay, New Dehli und Madras.

Gremien

Der Ständige Ausschuß I wählte Professor Dr. Lothar Czayka in den Stiftungsrat der Stiftung Studentenhäuser.

Renate Sedlmayer (Gruppe Studenten, Liste 5 — SHB/SF) und Brigitte Stroemer (Gruppe Studenten, Liste 6 — ADS) haben ihr Konventsmandat niedergelegt. Für sie rücken Dieter Dolata und Bernd Stroemer nach.

Prof. Roth emeritiert

Am 1. 4. 1975 wurde der geschäftsführende Direktor des Didaktischen Zentrums, Prof. Dr. Friedrich Roth, von seinen amtlichen Verpflichtungen entbunden.

Seit 1961 war er in der Lehrerausbildung in Frankfurt tätig und als letzter Ratsvorsitzender der AfE der Initiator für die Gründung eines Didaktischen Zentrums, das durch die Integration der Lehrerausbildung in 16 verschiedene Fachbereiche der Universität aus hochschuldidaktischen Gründen als Koordinationsebene erforderlich wurde.

Er war nicht nur an der Entwicklung einer Konzeption des Didaktischen Zentrums, sondern auch an ihrer Realisierung entscheidend beteiligt.

Wechsel im Amt des geschäftsführenden Direktors des Didaktischen Zentrums

Das Direktorium des Didaktischen Zentrums hat Herrn Prof. Dr. Hans-Michael Elzer zum geschäftsführenden Direktor gewählt.

Professor Elzer nimmt dieses Amt seit dem 17. 2. 1975 wahr (Sprechstunden: mittwochs von 11 bis 12 Uhr, Raum 133, Senckenberganlage 15, 1. Stock. Hausapparat 2192, Anmeldung: 3594.) Professor Elzer vertritt die Erziehungs- und Bildungslehre im Fachbereich 4 (Erziehungswissenschaften).

Seiner Initiative ist die Erstellung einer Satzung, die Entwicklung einer angemessenen Organisationsform und die erste personelle Ausstattung sowie die Unterbringung des DZ mit seinen verschiedenen medientechnischen und serviceorientierten Einrichtungen in den Kranzgeschossen des „Turms“ zu verdanken.

Ferner setzte er sich für die Gründung des Beirats für Lehrerausbildung beim D. Z. ein, eines aus Vertretern der Fachbereiche, der Studenten und der Schulpraxis zusammengesetzten, sachkompetenten Gremiums, das sich durch Information, Diskussion, Vorschläge und gutachtliche Äußerungen in den Dienst der Lehrerausbildungsreform stellt.

Neubau 2. Mensa

Die Aktivitäten der ÖTV-Betriebsgruppe der Universität Frankfurt und einer Studenteninitiative haben dazu beigetragen, daß der Baubeginn der zweiten Mensa mit Sozialzentrum nicht weiter verzögert wird. Dies geht aus einem Schreiben des hessischen Finanzministers vom 4. März 1975 an den Vorsitzenden der ÖTV-Vertrauensleute hervor, in dem es heißt:

„Der beschleunigte Ausbau der Universität Frankfurt im Kernbereich hat, wie von Ihnen dargelegt, große Probleme bei der Essenversorgung der Studenten ergeben. Ein Neubau einer zweiten Mensa zur Erweiterung der Essenkapazität von 3500 auf 10 000 Essen pro Tag wurde

Schon in seinem Memorandum aus dem Jahre 1970 „Lehrerausbildung als Aufgabe der Universität“ hatte Herr Roth die Forderung gestellt, bei der bevorstehenden Neuordnung der Universität ein wissenschaftlich begründetes, auch die Praxis umfassendes und institutionell gesichertes Modell einer zeitgemäßen Ausbildung für Lehrer aller Stufen und Schulformen zu entwickeln. Als langjähriger Referent der Universität für schulpraktische Studien intensivierte er die notwendige Kooperation zwischen Hochschule, Schule und Schulverwaltung. Seit 1963 wurden im Hessischen Institut für Lehrerfortbildung unter seiner Leitung regelmäßig Tagungen durchgeführt, deren – in einer Reihe von Protokollen festgehaltene – Ergebnisse die Diskussion über die Einbeziehung der Schulpraktika in die Studiengänge we-

Frankfurter Sektion des BdWi

Am 25. Februar 1975 fand die konstituierende Sitzung des von der Mitgliederversammlung am 5. Februar 1975 gewählten Vorstandes der Frankfurter Sektion des Bundes demokratischer Wissenschaftler statt. Diesem gehören an:

Prof. Dr. phil. Wolfgang Abendroth, Dipl.-Soz. Ursula Apitsch, Prof. Dr. med. Hans-Ulrich Deppe, Dipl.-Soz. Ursula Gutmann, Dipl. Psych. Ute Hennige, André Leisewitz, Dr. med. Hans Mausbach, Dr. med. Michael Regus, Prof. Dr. Helmut Reiser, Prof. Dr. med. Volkmar Sigusch.

Nach Auffassung der Mitgliederversammlung und des Vorstandes erfordert die wissenschaftspolitische Situation in Forschung und Lehre an den Hochschulen, in der außeruniversitären Forschung und in den Bereichen der Umsetzung und Anwendung von Wissenschaft eine verstärkte Arbeit auch der Frankfurter Sektion des Bundes demokratischer Wissenschaftler. In der Diskussion des künftigen Arbeitsprogramms wurde u. a.

sentlich vorantrieben. Die im Zusammenhang damit stehende Erprobung neuer Praktikformen (z. B. Betriebs-, Semester-, Sozialpraktika) gaben der Hochschuldidaktik für die lehramtsbezogenen Studiengänge ein besonderes Gewicht. Sein fachwissenschaftliches Interesse galt besonders auch der Entwicklung eines Konzepts für Polytechnik/Arbeitslehre sowohl als Schulfach als auch als Studienbereich, nachdem er schon als Mitherausgeber des „Rundgesprächs“ eine bundesweite Diskussion über die Hinführung zur Arbeitswelt in Gang gesetzt hatte.

Durch starkes persönliche Engagement ist es ihm gelungen, Kooperationsbereitschaft zu wecken und die Realisierung der Hessischen und besonders der Frankfurter Form einer dezentral in die Universität integrierten Lehrerausbildung zu ermöglichen.

Klaus-Michael Elzer

Einigung über die vorläufige Schwerpunktsetzung der Sektionsarbeit erzielt. Diese betrifft insbesondere das Gebiet der Hochschulgesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung der Probleme des akademischen Mittelbaus, den Kampf gegen den Abbau demokratischer Strukturen in den staatlichen Institutionen der Forschung und Lehre, sowie die Analyse der Arbeitsbedingungen außeruniversitär beschäftigter Wissenschaftler. Weitere Schwerpunkte der künftigen Arbeit sind der Problembereich der Berufsverbote sowie die Solidarität mit verfolgten chilenischen Berufskollegen.

JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT Mitteilungsblatt

Herausgeber:
Der Präsident

0. Hinweise zum Mitteilungsblattsystem und zur Benutzung des Mitteilungsblattes

0.30.00 Präsident 31. 1. 1975: Inhaltsverzeichnis 1. Lieferung 1975

1. Staatsverfassungsrecht und Gesetzgebung mit allgemeiner Bedeutung für die Hochschulen – Verwaltungsverfahrenrecht

1.23.00 Nr. 2 11. 9. 1974: Novellierte Fassung des Hessischen Universitätsgesetzes (HUG)

1.23.00 Nr. 3 Präsident – Rechtsabteilung – 22. 11. 1974: Rechtliche Hinweise zur Novellierung des HUG

2. Organisation

2.31.00 Nr. 1 Präsident 24. 5. 1974: Ordnung des Hochschulrechenzentrums vom 12. 1. 1973

2.31.00 Nr. 2 Präsident 30. 5. 1973: Ordnung der Technischen Betriebseinheit der Universität Forschungsreaktor

2.31.00 Nr. 3 Präsident 31. 7. 1973: Ordnung der Ständigen Technischen Betriebseinheit Zentrum für Hochschulsport

2.31.00 Nr. 4 Direktorium Didaktisches Zentrum (DZ) 10. 10. 1973: Ordnung des Didaktischen Zentrums

2.31.00 Nr. 5 Ständiger Ausschuß II 12. 12. 1974: Benutzungsordnung für Dialogstationen

2.34.00 Nr. 1 HKM-Erlaß 25. 6. 1971: Genehmigungserlaß zur Einrichtung des Didaktischen Zentrums

2.34.00 Nr. 2 HKM Erlaß 17. 7. 1973: Genehmigungserlaß zur Einrichtung der Ständigen technischen Betriebseinheit der Universität „Forschungsreaktor“

2.34.00 Nr. 3 HKM Erlaß 26. 7. 1973: Genehmigungserlaß zur Einrichtung einer Ständigen technischen Betriebseinheit der Universität „Zentrum für Hochschulsport“

2.34.00 Nr. 4 HKM Erlaß 17. 8. 1973: Genehmigungserlaß zur Einrichtung der Ständigen technischen Betriebseinheit der Universität „Hochschulrechenzentrum“

2.60.01 Nr. 1 Ständiger Ausschuß IV 17. 12. 1974: Rahmenordnung für den Geschäftsgang in den bibliothekarischen Einrichtungen der Universität

2.60.01 Nr. 2 Ständiger Ausschuß IV 21. 1. 1975: Rahmenordnung für die Fachbereichsbibliotheken

3. Personalangelegenheiten

3.03.08 Nr. 1 Kanzler 20. 1. 1975: Abgrenzung von Werk- und Dienstvertrag mit weiteren Bediensteten

3.13.00 Nr. 2 HKM Erlaß 10. 12. 1974: Berufung von Dozenten an einer Universität ins Beamtenverhältnis auf Zeit

3.13.00 Nr. 3 HKM (Verordnung) 13. 12. 1974: Verordnung über die Berufung von Dozenten als Beamte auf Zeit

3.21.00 Nr. 1 HKM 12. 12. 1974: Vorschlagsrecht bei Einstellung von Wissenschaftlichen Bediensteten

6. Lehr- und Studienangelegenheiten, Studienordnungen

6.01.00 Nr. 1 Präsident 10. 4. 1974: Ankündigungsrecht von Lehrveranstaltungen

6.01.00 Nr. 2 Präsident 10. 1. 1975: Vorlesungszeit im Sommersemester 1975

7. Prüfungsangelegenheiten und Prüfungsordnungen

7.00.00 Nr. 1 HKM 12. 6. 1974: Leistungsnachweise während des Studiums

Wichtiges in Kürze

Wieder eingestellt

Die Sekretärin Marie-Louise Steinschneider, aus dem Fachbereich Neuere Philologien der Universität Frankfurt ist am 1. März 1975 wieder neu eingestellt worden. Wie im „Uni-Report“ mehrfach berichtet, wurde ihr auf Anweisung des hessischen Kultusministers während der Probezeit zum 31. Januar 1975 gekündigt. Die Kündigung erfolgte ohne Begründung und hatte scharfe Proteste zur Folge. Es kam zu einem Güutetermin beim Arbeitsgericht Frankfurt 7. Februar 1975 mit dem Ergebnis, daß die hessische Landesregierung erklärte, sie werde die Angelegenheit außergerichtlich bereinigen. Die Sekretärin ist nur ohne erneute Probezeit an ihrem alten Arbeitsplatz wieder eingesetzt, war allerdings im Monat Februar arbeitslos.

Pflichtuntersuchung

Die Befunde der Pflichtuntersuchung 1974/75 können zwischen 9 und 12 Uhr im Gesundheitsdienst des Studentenwerks, Bockenheimer Landstraße 140, Zimmer 4, abgeholt werden. Das Studienbuch ist zum Eintrag vorzulegen.

Studienplatzvergabe

Kritik an Studienplatzvergabe Mit einer parlamentarischen Initiative will der kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Bernhard Sälzer, von der Landesregierung erfahren, wieviele Studenten erst nach Semesterbeginn einen Studienplatz in den zulassungsbeschränkten Fächern zugewiesen bekommen haben. Sälzer erklärte, in allen Studienfächern mit Aufnahmebeschränkung an Hochschulen und Universitäten erfolge die Zuweisung der Studienplätze durch die Zentralstelle in Dortmund. Wenn ein Student einen ihm zugewiesenen Studienplatz nicht einnehme, setze das Nachrückenverfahren ein. Dieses Verfahren ist nach Auffassung des CDU-Sprechers in der derzeitigen Form verwaltungsmäßig offensichtlich nicht praktikabel. Es habe in großem Umfang dazu geführt, daß Studienplätze erst während des laufenden Semesters vergeben werden. Für den betroffenen Studenten bedeute dies den Verlust des Semesters, meist sogar den Verlust eines ganzen Studienjahres.

Baubeginn im Juni

Auf Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Strelitz (SPD) teilte Kultusminister Hans Krollmann mit, daß mit dem Baubeginn der Baumaßnahmen für das Zahnärztliche Institut in Frankfurt für Anfang Juni 1975 zu rechnen ist. Im Rahmen des Investitionsförderungsprogramms sind Mittel in Höhe von 1,8 Mio. DM vorgesehen. Insgesamt sind für 1975 3,6 Mio. DM veranschlagt.

Nach Fertigstellung des Bauvorhabens können jährlich 100 Studienanfänger für Zahnmedizin an der Universität Frankfurt aufgenommen werden. Zur besseren Ausnutzung der Einrichtung werden auch Lehrveranstaltungen in den üblicherweise vorlesungsfreien Zeiten eingeplant. Aufgrund der fünfjährigen Regelstudienzeit erhöht sich die Zahl der Studienplätze von bisher 300 dann auf 500.

Mit der Inbetriebnahme des Neubauvorhabens ist drei Jahre nach Baubeginn zu rechnen. Das Wintersemester 1978/79 ist das erste Semester, das voraussichtlich in dem Neubau stattfinden kann.

Das soziale Bild der Studentenschaft

Seit 1951 führt das Deutsche Studentenwerk Erhebungen über die soziale Lage der Studenten in der Bundesrepublik Deutschland durch. Die siebte Untersuchung dieser Art wurde kürzlich vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Helmut Rohde, dem Bundestag zugeleitet. Dieser Bericht mit dem Titel „Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland“ beruht auf einer Repräsentativbefragung vom Sommersemester 1973. Verantwortlich für die Anlage der gesamten Untersuchung ist Gerhard Kath, Geschäftsführer des Studentenwerks der Frankfurter Universität. Er wurde bei der Erhebung der Daten, ihrer Auswertung und Interpretation von einer Frankfurter Arbeitsgruppe unterstützt, zu der Georg Heidenreich, Christoph Oehler, Kurt Otterbacher, Horst Schellhas und Walter Spruck gehörten.

Der Bericht kommt u. a. zu folgenden Ergebnissen:

1. Die Bemühungen, den Zugang zum Hochschulstudium zu verbreitern, hatten Erfolg.
2. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) hat für Studenten aus einkommensschwächeren Schichten die wirtschaftliche Basis für ein Studium verbessert.
3. Vor allem durch die in den letzten Jahren stark gestiegenen Studentenzahlen haben sich die Wohnungsprobleme der Studenten verschärft.
4. Der Anteil verheirateter Studenten ist in den letzten Jahren weiter gestiegen, allerdings hat der Ehepartner der Studenten in zwei von drei Fällen bereits seine Ausbildung abgeschlossen.
5. Die Zulassungsbeschränkungen in einzelnen Fächern nötigen eine große Zahl von Studenten, auf ein anderes Fach als das ihrer Neigung auszuweichen.

Zur Untersuchung

Die siebente Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks vom Sommersemester 1973 umfaßte drei Bereiche. Sie untersuchte:

- a) Die wirtschaftliche und soziale Lage der deutschen Studenten an Universitäten und Technischen Hochschulen
- b) Die Lebenshaltungskosten eines alleinstehenden Studenten
- c) die wirtschaftliche und soziale Lage der deutschen Studenten an Fachhochschulen

Die Erhebung war als Sample angelegt. Studenten an 19 Universitäten und Technischen Hochschulen sowie an 11 Fachhochschulen wurden befragt. Die Antwortquote lag bei 75 Prozent. Rund 24 000 Fragebogen wurden ausgewertet.

Die Ergebnisse können — gemessen an Strukturdaten der Gesamtheit und an Detailerhebungen einzelner Hochschulen — als repräsentativ gelten. Für Studenten an Fachhochschulen gilt diese Aussage eingeschränkt, da es hier noch an Grundzahlen für die Gesamtheit mangelte.

Allgemeine Daten

Die Zahl der Deutschen Studenten an Universitäten und Technischen Hochschulen hat sich in den letzten zwanzig Jahren nahezu verfünffacht. Bis in die Mitte der sechziger Jahre wuchs dabei sowohl die Zahl der Studienanfänger als auch der Anteil der Studenten in höheren Semestern. Die Ausdehnung der Studierendenzahl ist in den letzten Jahren fast zum Stillstand gekommen. — Zugenommen haben Zahl und Anteil der Studenten, die ihre Berechtigung zum Studium auf Universitäten und Technischen Hochschulen nicht auf einem Gymnasium erworben haben (1973: 12,5 Prozent). Jeder zehnte Student hat bereits ein Studium mit Erfolg abgeschlossen und steht in der Promotion, im Zweit- oder Ergänzungsstudium. Jeder vierte Student hat sein Studienggebiet oder sein Hauptstudienfach gewechselt.

der Studenten, die Werkarbeit leisten, liegt unter Arbeiterkindern an Universitäten nicht höher als bei der Gesamtheit.

Studentinnen

Im Sommersemester 1973 betrug der Anteil der Frauen an den Studenten auf den wissenschaftlichen Hochschulen nur 28 Prozent. Die Hälfte von ihnen will Lehrer werden. In den mathematisch-naturwissenschaftlichen und technischen Fächern liegt der Frauenanteil trotz erheblicher Steigerungquoten in den letzten Jahren noch weit unter dem Durchschnitt. — Studierende Frauen kommen relativ häufiger als Männer aus einem wirtschaftlich besser gestellten Elternhaus. 35 Prozent werden nach dem BAföG gefördert (ml 41 Prozent). Jede dritte finanziert ihr Studium durch eigene Arbeit mit. Fast jede zehnte studierende Frau ist mindestens 28 Jahre alt, zumeist handelt es sich dabei um ein Spätstudium, das über den zweiten Bildungsweg oder nach langer Berufstätigkeit und/oder Ehe erreicht bzw. aufgenommen wurde.

Wirtschaftliche Lage

Bei der Finanzierung des Studiums der Studenten an Universitäten und Technischen Hochschulen sind im Vergleich zu 1963 und 1967 die öffentlichen Mittel erheblich stärker vertreten. 40 Prozent dieser Studenten gaben an, daß sie ihre Ausbildung mit Hilfe öffentlicher Mittel finanzierten (18 Prozent nannten diese Quelle als einzige bei der vorwiegenden Finanzierung). — Das Elternhaus ist dagegen entschieden geringer beteiligt als früher. Weniger als 30 Prozent der Studenten (1967: 46 Prozent) gaben an, daß ihre Eltern die Studien- bzw. Lebenshaltungskosten zu wenigstens 80 Prozent aufbrachten. Hier wird die Zunahme der Studenten aus wirtschaftlich schlechter gestellten Schichten sichtbar, andererseits auch die gestiegene Wirksamkeit der öffentlichen Förderung. — Die Finanzierung aus dem Verdienst durch Werkarbeit ist gegenüber 1967 erheblich gewachsen, und zwar um mehr als 50 Prozent. Ursache sind die hinter den steigenden Lebenshaltungskosten zurückgebliebenen Stipendien, wobei der steigende Lebensstandard der Gesamtbevölkerung und der Studenten mit berücksichtigt werden müssen. — Etwa jeder achte Student gab als Finanzierungsquelle die Zuschüsse Dritter an, zumeist handelt es sich dabei um Eheleute. Insgesamt sind weniger Studenten als 1967 in der Lage, ihr Studium vorwiegend aus einer Geldquelle zu finanzieren, wohl infolge steigender Kosten nahm die Mischfinanzierung zu.

Rund $\frac{2}{3}$ aller Studenten an Universitäten und Technischen Hochschulen erhalten von ihren Eltern einen monatlichen Zuschuß in Bargeld, die Hälfte davon allerdings nur bis zu 200 DM im Monat. Nur knapp 6 Prozent können mit mehr als 500 DM im Monat rechnen. Nur wenige Studenten, die nicht daheim leben, sind in der Lage, ihre gesamten Studien- und Lebenshaltungskosten von dem Geld der Eltern zu bestreiten. — Insgesamt gesehen hielt der Zuwachs der Zuschüsse aus dem Elternhaus mit den steigenden Studienkosten nicht Schritt. — Etwa jeder dritte Student erhält von daheim kein Bar-

geld (1967 jeder vierte). Ein Teil von ihnen (33 Prozent) ist verheiratet, jeder zehnte wohnt kostenlos daheim. — Die öffentliche Hilfe gleicht die mangelnde Finanzkraft des Elternhauses besser aus als 1967, dennoch wächst mit abnehmendem Zuschuß der Eltern die Werkarbeit erheblich an.

Für 28 Prozent der Studenten an Universitäten und Technischen Hochschulen war der Verdienst aus Werkarbeit eine wesentliche Quelle der Studienfinanzierung (vorwiegende Finanzierung, bis 80 Prozent). 61 Prozent arbeiteten überhaupt neben dem Studium, das ist die höchste Quote seit Beginn der allgemeinen Studienförderung im Jahre 1957. — Männer arbeiten häufiger neben dem Studium als Frauen. Am stärksten ist der Nebenverdienst bei verheirateten Männern mit Kindern. Der Schwerpunkt der Werkarbeit liegt in den Semesterferien. 40 Prozent der Studenten arbeiten in dieser Zeit laufend oder häufig, in der Regel ganztags. Während der Vorlesungszeit gehen dagegen nur 20 Prozent laufend oder häufig einem Verdienst, zumeist gelegentlich oder halbtags nach. — Dabei überwiegt anders als vor 10 Jahren die studienfremde Werkarbeit. Das BAföG hat erreicht, daß Studenten aus einkommensschwächeren Schichten nicht mehr Werkarbeit leisten müssen als der Durchschnitt aller Studenten.

Die Motive für die Werkarbeit müssen differenziert gesehen werden. Neben der wirtschaftlichen Notwendigkeit scheint das Motiv eine Rolle zu spielen, an der allgemeinen Entwicklung des Lebensstandards beteiligt zu sein. Unabhängig von den Gründen im Einzelfall hat der Umfang der Erwerbstätigkeit ein gefährliches und für die wissenschaftliche Ausbildung schädliches Ausmaß erreicht.

Das Wohnen

Die Überprüfung der Hochschulstädte zwingt viele Studenten, sich andernorts eine Wohnung/Zimmer zu suchen. Jeder vierte Student aus Universitäten und Technischen Hochschulen wohnt außerhalb des Hochschulortes (1963 jeder fünfte). Entschieden abgenommen hat auch der Anteil der Studenten, die ein Zimmer bei Privatleuten gemietet haben, und zwar von 40 Prozent 1967 auf 24 Prozent 1973. Auch bei den Eltern wohnt nur noch ein Viertel der Studenten (1967 31 Prozent). Der Wohnneubau hielt mit der wachsenden Studentenzahl nicht Schritt. — Es darf als Zeichen größerer Eigenständigkeit und Selbstbestimmung der heutigen Studentengeneration gewertet werden, wenn rund 40 Prozent in eigener Wohnung (25 Prozent) oder in selbstgewählten Wohngemeinschaften (14 Prozent) leben. Die hohe Quote der Verheirateten spielt hier ebenfalls eine Rolle.

Verheiratete Studenten

Die Quote der Eheleute unter den Studenten an Universitäten und Technischen Hochschulen ist seit 1963 erheblich angestiegen, bei den Männern von 8 Prozent auf 21 Prozent, bei den Frauen von 4 Prozent auf 16 Prozent. Daran sind alle Altersstufen, wenn auch in verschiedenem Ausmaß, beteiligt. — Der Grund für dieses veränderte Verhalten dürfte in dem Abbau des Vorurteils zu suchen sein, die Heirat setze eine abgeschlos-

sene Ausbildung und entsprechenden Verdienst voraus, sowie in dem Willen der Studenten, sich an den Lebensmöglichkeiten gleichaltriger Erwachsener zu orientieren.

Die Quote der Verheirateten wächst mit dem Lebensalter. Unter den 30jährigen und Älteren liegt sie bei 55 Prozent, unter den 22- bis 23jährigen bei 10 Prozent (ml 7 Prozent, wb 15 Prozent). Frauen heiraten früher als Männer. — Jede vierte Ehe ist noch nicht ein Jahr, weitere 50 Prozent ein bis drei Jahre alt. Fast zwei Drittel aller Verheirateten hatten ihre Ehe während des jetzigen Studiums geschlossen.

Verheiratete sind seltener über den traditionellen Bildungsweg des Gymnasialabschlusses zur Hochschule gelangt. Jeder vierte hat die Hochschulreife über die Fachhochschule, ein Abendgymnasium, Kolleg u. a. Bildungseinrichtungen erworben, Männer häufiger als Frauen. Verheiratete haben häufiger vor Studienbeginn eine Lehre abgeschlossen oder waren länger berufstätig (27 Prozent). — Unter den Studenten, die bereits ein Hochschulstudium abgeschlossen haben (15 Prozent — Fachhochschule, Staatsexamen, Diplom, Magister) befinden sich 40 Prozent Verheiratete (ein Drittel aller studierenden Eheleute).

Die Heirat beeinflusst den Studienablauf nur geringfügig. Die Geburt eines Kindes führt hingegen bei 40 Prozent der Mütter und bei jedem dritten Vater zu Studienverlängerung, -unterbrechung oder gar zum Studienabbruch.

Die Quote der Studentenehen hat seit 1971 erheblich zugenommen, übersteigt jedoch nicht ein Viertel aller Ehen, die studierende Männer oder Frauen eingegangen sind.

Der Anteil der verheirateten Studenten mit Kindern ist seit 1967 von 50 Prozent auf 33 Prozent entschieden gesunken. Die Hälfte der Kinder ist höchstens zwei Jahre alt, nur jedes fünfte hat das Schulalter erreicht. Fast immer leben die Kinder bei ihren Eltern, doch sind die Schwierigkeiten, die Kinder neben dem Studium zu versorgen, erheblich. Über 60 Prozent würden ihr Kind in eine Kinderkrippe oder einen Kindergarten geben, wenn das möglich wäre.

Bei der Finanzierung des Studiums von Verheirateten treten die Eltern weit zurück, nur jeder vierte Student hat bei der vorwiegenden Finanzierung seine Eltern überhaupt aufgeführt, am häufigsten noch, wenn der Ehepartner ebenfalls studiert. Der Verdienst des Ehepartners bildet allerdings nur für 40 Prozent der Verheirateten die wirtschaftliche Basis, vornehmlich dort, wo er voll erwerbstätig ist. Besonders schwierig ist die finanzielle Situation für studierende Männer, deren Ehefrau zumeist wegen eines Kindes nicht oder nur teilweise im Beruf steht (21 Prozent aller Verheirateten). Über 40 Prozent dieser Männer sind auf den Verdienst aus Werkarbeit angewiesen, fast immer arbeiten sie laufend neben dem Studium. — Die Hilfe aus öffentlichen Mitteln ist bei Verheirateten weniger ausgeprägt, da das BAföG bei ihnen die doppelte Unterhaltungspflicht der Eltern und des Ehepartners unterstellt.

Das BAföG

Unter den Geförderten sind Studenten, deren Väter ebenfalls ein Studium abgeschlossen haben, weniger vertreten, als in der Gesamtheit. Die Hilfe des BAföG konzentriert sich auf die einkommensschwächeren Berufsgruppen.

(Fortsetzung auf Seite 5)

Fernstudium – sehr hochschulfern

Ein Zyniker hat jüngst behauptet, daß eine Bedingung für ein Fernstudium im Medienverbund inzwischen gründlich erfüllt sei: die Hochschulferne. Tatsächlich waren die Hochschulen noch nie so weit abgedrängt von der Entwicklung von Fernstudiengängen, mit denen man einst noch nicht den Härten des Numerus clausus begegnen wollte, sondern die Hochschule, die Wissenschaft weiteren Bevölkerungskreisen öffnen wollte.

„Einst“ – das war im Frühling der Idee eines Verbunds zwischen den Hochschulen, den Rundfunkanstalten und der politischen Ebene von Bund und Ländern. Und es gab auch schon einmal eine Art Vorvertrag für eine solche Kooperation, der heute aber nur noch im Anflug von Nostalgie zitiert werden kann. Denn seit Zustandekommen dieser Vorvereinbarung haben die Partner das meiste für sich allein und ohne die andern gemacht. Das Positivste schien noch der freiwillige Zusammenschluß der Hochschulen in einer „Hochschulvereinigung für das Fernstudium im Medienverbund“, die einzige größere Initiative zugunsten von Studienreform dieses Ausmaßes, die die Hochschulen bisher zustande gebracht haben. Wer abergläubisch war, konnte bereits in diesem Ausmaß von Optimismus ein böses Vorzeichen

für das schlimme Ende sehen, das 1974 auch wirklich kam, als ein Komplex von teilweise kleinkarierten Motiven die WRK bewog, diese Vereinigung „aufzulösen“, die sich juristisch nur selbst auflösen kann, was sie in absehbarer Zeit gar nicht zustande bringen kann, mithin zur Zeit scheinbar ist.

Die Rundfunkanstalten haben ihre Studienprogramme ausgebaut, ohne in einen geregelten Kontakt mit den Hochschulen zu treten. Man sollte sie deswegen nicht schelten, da ein befriedigenderes Konzept letztlich nur auf der Basis staatsvertraglicher Regelungen möglich wäre, die wiederum von den Ländern verhindert werden. Die Funkkollegs sind angesichts des Defizits an Vergleichbarem erstaunliche Leistungen, wenn man auch die Zufälligkeiten bei der Autorenwahl und manche didaktischen Fehlgriffe nach wie vor beklagen muß. Aber wie gesagt: die Länder... Die Länder haben bisher nur zustande gebracht, daß man ihnen keine akzeptablen Leistungen mehr zutraut. Nach einem unter Ausschluß der früheren Partner abgeschlossenen Verwaltungsabkommen vom Februar 1974 zur weiteren Entwicklung des Fernstudienwesens ist immerhin mehr als ein Jahr verflossen, bevor sich unter der neuen Regelung eine sog. Wissenschaftskommission konstitu-

ieren konnte, die bis Anfang 1976, jetzt also in der Hälfte der vorgesehenen Zeit, erste Ergebnisse vorweisen soll. Daß unmittelbar vor der Konstituierung einzelne Mitglieder der Kommission nur sehr vage Vorstellungen von der Art und Weise ihrer Berufung und zukünftigen Aufgabe mangels Aufklärung seitens der Berufenden hatten, spricht ebensovienig für diesen Alleingang der Länder wie die ausdrückliche Weigerung einiger von ihnen, für dieses Projekt irgendwelche finanziellen Mittel bereitzustellen. Darüber hinaus ist zu befürchten, daß keine der nicht gerade geringen Vorarbeiten auf anderen Ebenen gebührend Berücksichtigung findet, somit also wieder einmal zunächst der berüchtigte Nullpunkt gesucht wird.

Wenn schon die fachlichen Kompetenzen der von der Hochschulvereinigung initiierten „Fachkommissionen“ für verschiedene Fernstudiengänge oder die Funkkollegs übergeben werden sollen, dann bliebe ja immer noch die Initiative eines Bundeslandes zu berücksichtigen, das bereits vor der Gesamtheit der Länder ohne die Partner Hochschulen und Rundfunk in Fernstudien aktiv geworden ist: Nordrhein-Westfalen mit seiner Fernuniversität Hagen.

Die ist inzwischen tatsächlich gegründet und will sogar schon zum 1. Oktober ihren Studienbetrieb aufnehmen. Sie steht also (für die Fächer Wirtschaftswissenschaften und Mathematik) unter Erfolgszwang, und es wäre – weniger den Ländern als den unbeteiligten Hochschulen als zukünftigen Abnehmern zu gönnen, daß hier etwas Akzeptables herauskommt, so schlecht die Aussichten zur Zeit auch noch sein mögen.

Dadurch daß die Hochschulen als Korporationen von der aktiven Gestaltung dieses Bereichs ausgeschlossen worden sind, geraten sie mehr und mehr in die Gefahr, auch den Überblick über die verschie-

den Entwicklungen zu verlieren. Wie weit der Informationsverlust inzwischen „gediehen“ ist, bewies eine Konferenz, zu der der Unterausschuß für Fernstudien und Erwachsenenbildung zusammen mit der Arbeitsstelle 8 des Didaktischen Zentrums Anfang März nach Frankfurt eingeladen hatte. Alle bisher engagierten Personen und Institutionen waren angesprochen worden, nicht alle, aber viele kamen. Die Hochschulvereinigung war vertreten, das DIFF in Tübingen, die Fernuniversität Hagen, Senatsbeauftragte aus einer Reihe auch weit entfernter Hochschulen, sogar einige gekürzte Mitglieder der zu diesem Zeitpunkt noch nicht konstituierten Wissenschaftskommission der Länder erschienen und

— last, not least — ein Vertreter des Kulturpolitischen Ausschusses des Hessischen Landtags, der mit den Versammelten der Meinung war, daß die Verlagerung der Fernstudienfrage auf die rein administrative Ebene auch für die Parlamentarier nicht angenehm ist. In erster Linie aber ging es bei dieser Zusammenkunft um den dringend nötigen Informationsaustausch, der die Hochschulen wenigstens passiv noch an der Entwicklung „beteiligen“ kann. Der Sicherung dieses Austauschs dienten auch die abschließenden Beratungen, die in eine Bitte an die Arbeitsstelle „Fernstudien und Weiterbildung“ des DZ mündeten, nach Maßgabe der eigenen Kräfte und bis zu einer besseren Regelung Anlaufstelle für Informationen zu spielen. Natürlich kann dies nicht mehr sein, als gegen die Telefone der Staatskanzleien eine Buschtrommel einzusetzen.

Horst Dieter Schlosser

Fernstudium im Medienverbund

Der ständige Ausschuß für Lehr- und Studienangelegenheiten der Universität Frankfurt hat auf seiner Sitzung am 20. 2. 1975 über das Fernstudium im Medienverbund diskutiert und dazu folgenden Beschluß gefaßt:

„Der ständige Ausschuß I der JWU-Universität bedauert, daß eine wirkungsvolle Vertretung der Hochschulinteressen in Sachen Fernstudium im Medienverbund über den freiwilligen Zusammenschluß in der Hochschulvereinigung für das Fernstudium (HVF) nicht mehr möglich ist. Der Ausschuß ist der Ansicht, daß es jetzt um so mehr darauf ankomme, alle sich bietenden Möglichkeiten aufzugreifen, die eigenverantwortliche Beteiligung der Hochschulen an der weiteren Entwicklung auf diesem Gebiet zu sichern.

In diesem Sinne erwartet der Ständige Ausschuß I, daß der

Präsident der Johann Wolfgang Goethe-Universität in der Westdeutschen Rektorenkonferenz für eine aktive Teilnahme der Hochschulen an der Entwicklung des Fernstudiums in der Bundesrepublik eintritt.

In diesem Sinne beauftragt er auch seinen Unterausschuß Fernstudien im Medienverbund und Erwachsenenbildung, auf diesem Feld tätig zu bleiben und dabei weiterhin entsprechende Informationen zu sammeln und auszuwerten, Kontakte zu pflegen und Anregungen für die konkrete Weiterarbeit der Universität zu entwickeln. Insbesondere empfiehlt er den Ausbau schon bestehender Kontakte zur künftigen Fernuniversität in Hagen und eine umfassendere Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Lage durch weitere Kontakte mit Interessierten aus Wissenschaft und Bildungspolitik.“

Tonbildschau

Ein neuer Weg, sich über Aufbau und Organisation der Uni zu informieren, wird im Didaktischen Zentrum angeboten: In der Arbeitsstelle Fernstudium und Weiterbildung des DZ ist eine Tonbildschau erstellt worden, die sich Studenten und Universitätsangehörige zu den unten genannten Zeiten im Turm ansehen können, die zudem in Orientierungsveranstaltungen für Studienanfänger eingesetzt werden kann.

Damit soll eine Informationslücke gefüllt werden, die besonders bei Studienanfängern, aber auch bei vielen Studenten in höheren Semestern klafft. Viele wissen beispielsweise nicht, was der Konvent und was eine Fachbereichskonferenz bzw. ein Fachbereichsrat ist, verwechseln den Kanzler mit dem Präsidenten oder haben noch nie etwas von studentischen Serviceeinrichtungen gehört. Der Lehr- und Studienausschuß hat aus diesem Grund für die Orientierungsveranstaltungen für Studienanfänger den Fachbereichen empfohlen, unter anderem über die Organisation der Universität zu informieren. Da dies aber eine fachbereichsübergreifende, nicht spezifisch abgestimmte Information ist, die für die gesamte Hochschule gelten muß, bot sich die Erstellung einer standardisierten Einheit mit Medien an.

Die audiovisuelle Studieninformation, die etwa 35 Minuten dauert, bringt viele Orientierungshilfen, u. a. einen kurzen geschichtlichen Abriss, die Beschreibung der wichtigsten Uni-Gebäude, Erklärung der Organe und Gremien der Uni, Informationen über studentische Serviceeinrichtungen. Die AV-Schau wurde von einem Arbeitskreis erstellt, der sich aus Vertretern verschiedener Universitätsinstitutionen und Studenten zusammensetzt. Insgesamt wurde ein knappes halbes Jahr daran gearbeitet. Es galt, Gesetzestexte, Beschreibungen von verschiedenen universitären Einrichtungen und Gremien, die Geschichte der Universi-

tät, die Schwierigkeiten und Eigenheiten im Umgang mit den Hochschuleinrichtungen in eine ansprechende Form umzuwandeln und den so entworfenen Text informativ und kurzweilig zu visualisieren. Lange Zeit nahmen die technischen Arbeiten der Bild- und Tonproduktion in Anspruch.

Um die teilweise trockene Materie etwas aufzulockern, wird das Ganze an einer gezeichneten Figur, „Johann Wolfgang“ vorgeführt, einer Trickfigur, die einen gerade immatrikulierten Studenten darstellt und von dem Offenbacher Kunststudent Armin Bannach entworfen worden ist.

Die wichtigsten Dinge sind noch einmal in einem zusätzlichen, knappen Info-Papier festgehalten, das anschließend verteilt wird. Für alle weitergehenden Informationen wird auf den Studienführer und die Studienberatung verwiesen.

Vorführungstermine im April
Do. 10. 4., 10–12 Uhr, c.t.
Mo. 14. 4., 14 Uhr, c.t.
Fr. 18. 4., 10–12 Uhr, c.t.
Mo. 21. 4., 12 Uhr, c.t.
Mi. 23. 4., 10 Uhr, c.t.
Di. 29. 4., 14 Uhr, c.t.

Jeweils im Turm, Senckenberganlage 15, 1. Stock, Raum 122 Kleine Plakate mit den Angaben hängen im Uni-Bereich aus. Die AV-Schau steht darüberhinaus im Rahmen der technischen Möglichkeiten allen Hochschullehrern zur Verfügung, die sie in den Orientierungsveranstaltungen für Studienanfänger als Hilfe benutzen wollen.

Hans-Henning Kappel

Das soziale Bild der Studenten

(Fortsetzung von Seite 4)
68 Prozent der studierenden Arbeiterkinder, 61 Prozent der studierenden Kinder von Landwirten, 50 Prozent der von Beamten und 46 Prozent der von Angestellten ohne Hochschulabschluß erhalten Stipendien nach dem BAföG. – Auch Kinder von Rentnern und Pensionären sowie Halbweisen finden sich häufiger unter den Geförderten. – Der gesellschafts- und bildungspolitische Effekt des BAföG drückt sich darin aus, daß 56 Prozent der Väter von Geförderten den Volksschulabschluß besitzen und nur 19 Prozent ein Hochschulstudium absolvierten (Nichtgeförderte: 27 Prozent und 48 Prozent).

Studenten an Fachhochschulen

Gegenüber den Universitäten/Technischen Hochschulen ist an den Fachhochschulen der Anteil der Studenten, deren Eltern einen Volksschulabschluß haben weit höher, der Eltern mit Hochschulreife erheblich niedriger. Jeder vierte Student hat einen Arbeiter zum Vater. Die Fachhochschulen tragen verstärkt zur sozialen Chancengleichheit beim

Zugang zum Hochschulbereich bei.

Die wirtschaftliche Lage der Fachhochschulstudenten zeichnet sich durch wesentlich geringere Zuschüsse vom Elternhaus bei verstärkter öffentlicher Hilfe aus. Fast zwei Drittel aller Fachhochschulstudenten werden nach dem BAföG gefördert. Wie an Universitäten/Technischen Hochschulen finanziert jeder vierte Student seine Ausbildung durch den Verdienst aus Werkarbeit mit.

Jeder achte Student an Universitäten/Technischen Hochschulen war vom Numerus clausus betroffen. Der Anteil wächst mit abnehmender Semesterzahl. – Von diesen war etwa jeder Dritte noch nicht im gewünschten Hauptstudienfach immatrikuliert. – Die meisten von ihnen beabsichtigen noch einen Fachwechsel. Ein Drittel hat sein Studienfach bereits gewechselt, in der Regel bis zum dritten Studiensemester. – Auf die Gesamtheit umgerechnet ergibt sich, daß rund 30 000 Studienplätze etwa ein Jahr lang von Numerus-clausus-Studenten belegt waren,

die in dem jeweiligen Fach gar nicht zu bleiben beabsichtigen.

Zweiter Bildungsweg

Jeder zehnte Student hatte die Universität/Technische Hochschule über den zweiten Bildungsweg erreicht (d. h. sie hatten vor Erwerb der Hochschulreife eine Berufsausbildung abgeschlossen oder waren länger als zwei Jahre berufstätig gewesen und kamen nicht als graduierte Fachhochschüler zur Universität). Es gibt unter ihnen mehr Männer als Frauen (4:1, Gesamtheit 3:1), was daran liegen mag, daß Frauen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung eher für „versorgt“ gelten als Männer. Ein Viertel der Studenten aus dem 2. Bildungsweg ist mindestens 30 Jahre alt, hat also vor Studienbeginn mehrere Jahre im Beruf gestanden. Sie wohnen kaum mehr bei den Eltern. Jeder Dritte ist verheiratet. In dieser Gruppe ist die Trennung vom Elternhaus zumeist längst vollzogen. Fast die Hälfte wird nach dem BAföG gefördert, das nach längerer Berufstätigkeit seine Hilfe elternunabhängig gewährt.

Am Institut für ausländisches und internationales Wirtschaftsrecht ist eine Stelle für eine jüngere **DIPLOM-BIBLIOTHEKARIN**

(evtl. auch halbtags) nach Vergütungsgruppe V b bzw. IV b offen.

Leitende, eigenverantwortliche und abwechslungsreiche Tätigkeit wird geboten.

Bewerbungen erbeten an das Institut für ausländisches und internationales Wirtschaftsrecht, Senckenberganlage 31, Tel. 31 93 oder 31 94.

Im Fachbereich Humanmedizin, Institut für Humangenetik ist ab sofort die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN ÄRZTLICHEN MITARBEITERS

in der Sektion „Klinische Genetik und genetische Beratung“ zu besetzen (BAT II a). Pädiatrische Erfahrungen sind erwünscht aber nicht zwingend. Nacht- und Wochenenddienste entfallen. Einarbeitung wird zugesichert.

Bewerbungen sind zu richten an den Geschäftsführenden Direktor des Instituts für Humangenetik, 6 Frankfurt/Main, Paul-Ehrlich-Straße 41.

Ab 1.6. 1975 wird für das **physikalisch-chemische Praktikum für Chemiker** eine

HILFSKRAFT

ohne Abschluß gesucht. Voraussetzung ist, daß der Bewerber das mündliche Diplom-Hauptexamen bereits abgelegt hat.

Bewerbungen sind zu richten an das Dekanat des Fachbereichs Chemie.

Im Didaktischen Zentrum ist die Arbeitsstelle „**Angewandte Hochschuldidaktik und Qualifikationsprobleme in den Ausbildungsgängen**“ neu aufzubauen. Zu besetzen ist ab sofort die

STELLE DES LEITERS (A 13/14).

Von dem Bewerber werden erwartet: Wissenschaftliche Qualifizierung in einer an der Universität Frankfurt vertretenen Disziplin – nachgewiesen durch Promotion und eine mindestens zweijährige wissenschaftliche oder praktisch-fachliche Tätigkeit – Erfahrungen und Situationskenntnisse im Bereich der anwendungsbezogenen Hochschuldidaktik und Curriculumentwicklung sowie die Fähigkeit und Bereitschaft zur interdisziplinären Zusammenarbeit bei der Anlage und Durchführung von praktischen Erprobungen, Modellversuchen und Forschungsvorhaben, die der Verbesserung der Verfahren und Organisationsformen der Lehre im Bereich der Hochschule dienen.

Interessenten werden gebeten, sich bis zum 1.5. 1975 an den Geschäftsführenden Direktor des Didaktischen Zentrums der Johann Wolfgang Goethe-Universität, 6 Frankfurt am Main, Senckenberganlage 15, zu wenden.

Das **Institut für Petrologie, Geochemie und Lagerstättenkunde** im Fachbereich 17 (Geowissenschaften) sucht zum baldigen Eintritt eine

SEKRETÄRIN

(BAT VII/VI b).

Die Bewerberin sollte die Fähigkeit und Bereitschaft zur selbständigen Erledigung von Verwaltungs- und Organisationsaufgaben haben. Gute Schreibmaschinen- und Stenokenntnisse werden erwartet. Englische Sprachkenntnisse sind erforderlich.

Bewerbungen werden erbeten an den geschäftsführenden Direktor des Institutes, Prof. Dr. K. v. Gehlen, 6 Frankfurt/Main, Senckenberganlage 28, Tel. 7 98-21 02.

Am **Institut für Galenische Pharmazie** (Fachbereich 15 – Biochemie und Pharmazie) ist die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN BEDIENSTETEN

(BAT II a) zu besetzen.

Aufgabengebiet: Vorbereitungsarbeiten und Mitarbeit bei Lehr- und Forschungsaufgaben im Bereich der Pharmazeutischen Technologie.

Anforderungen an die Bewerber: Abgeschlossenes pharmazeutisches Hochschulstudium; Erfahrungen in Theorie und Praxis der Mikroverkapselung und deren instrumentelle Analytik, sowie in der Technologie der Vermahlung, der Herstellung von Tabletten, Dragees und Arzneimittelüberzügen sowie deren technische Analyse.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind an das Sekretariat des Instituts für Galenische Pharmazie, Frankfurt/Main, Georg-Voigt-Str. 16, zu richten.

Am **Hochschulrechenzentrum (HRZ)** ist ab 1.5. 1975 die Stelle einer

STUDENTISCHEN HILFSKRAFT

zu besetzen. Der Bewerber sollte neben Kenntnissen des Betriebssystems der Anlage UNIVAC 1108 und FORTRAN-Kenntnissen, Erfahrungen auf einem der folgenden Gebiete mitbringen:

a) Statistik

b) ALGOL

c) PL/1

d) Basic.

Bewerbungen richten Sie bitte an das Hochschulrechenzentrum (HRZ).

Am **Institut für Organische Chemie** wird für DFG-geförderte Projekte (Emission- und Blitzlichtspektroskopie, Photochemie) ein

WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER

(promovierter Chemiker) gesucht.

Nähere Auskunft und Bewerbungen: Prof. Dr. D. Rehm (Institut für Organische Chemie, Laboratorium Niederrad) Tel. 63 01-60 23 oder 63 01-60 20

Bei der **Professur für Didaktik der Wirtschaftswissenschaften** ist die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS (BAT II a)

zum voraussichtlich 1. Juni 1975 zu besetzen.

Das Aufgabengebiet umfaßt die Mitarbeit in der Lehre (bes. Betreuung von studentischen Arbeitsgruppen) und in der Unterrichtsforschung (bes. kaufmännisch-berufliche Schulen).

Einstellungsvoraussetzung: Diplom-Handelslehrerexamen, Kenntnisse in der Didaktik. Erwünscht ist praktische Erfahrung an beruflichen Schulen und im betrieblichen Ausbildungswesen.

Schriftliche Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen bis zum 24. April 1975 an:

Professur für Didaktik der Wirtschaftswissenschaften, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, 6000 Frankfurt/Main, Mertonstraße 17.

Beim **Institut für Biophysik** der Universität ist die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS

(Humanmediziner) ab sofort zu besetzen.

Arbeitsgebiet: Stoffwechseluntersuchungen bei Patienten und in Tierversuchen. Bezahlung nach BAT. Anfragen und Bewerbungen an Herrn Prof. Dr. W. Pohlit, Institut für Biophysik, 6000 Frankfurt am Main, Paul-Ehrlich-Straße 20 (Tel.: HA 58 35 bzw. 63 03-3 11).

Am **Statistischen Seminar** ist die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS (BAT II a)

zu besetzen.

Zu den Aufgaben gehören die Mitarbeit bei der Organisation, Vorbereitung und Durchführung von Lehrveranstaltungen auf dem Gebiet der Statistik sowie die Beteiligung an Forschungsvorhaben im Bereich der Unternehmensforschung.

Der Bewerber sollte sich im Rahmen eines mit Erfolg abgeschlossenen wirtschaftswissenschaftlichen Hochschulstudiums gute Kenntnisse in der mathematischen Statistik angeeignet haben und mit den grundlegenden Methoden und mathematischen Verfahren der Unternehmensforschung vertraut sein. Kenntnisse in der Programmierung von EDV-Anlagen wären von Vorteil.

Bewerbungen richten Sie bitte bis spätestens 25. 4. 1975 an: Statistisches Seminar der Universität Frankfurt, 6 Frankfurt am Main, Mertonstr. 17–25, Telefon 7 98 29 72.

Im **Fachbereich Wirtschaftswissenschaften** wird in der **Abteilung Mathematik für Wirtschaftswissenschaftler** eine

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRAFT OHNE ABSCHLUSS

ab sofort gesucht.

Aufgabengebiet: Mitarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung von Lehrveranstaltungen.

Voraussetzung: Abgeschlossene Zwischenprüfung.

Bewerbungen sind an die Abteilung Mathematik für Wirtschaftswissenschaftler, Fachbereich 2, Gräffstraße 39, IV. Stock, zu richten.

Am **Englisch-didaktischen Seminar**, Fachbereich 10, ist ab sofort die Stelle einer

STUDENTISCHEN HILFSKRAFT

zu besetzen.

Aufgaben: Hilfe bei der Anfertigung eines wissenschaftlichen Manuskripts.

Schreibmaschinenkenntnisse erwünscht.

Vergütung DM 7,30 pro Stunde.

Bewerbungen an die Geschäftsführung des Englisch-didaktischen Seminars, 6 Frankfurt am Main, Kettenhofweg 139.

Am **Englisch-didaktischen Seminar**, Fachbereich 10, ist im WS 1975/76 die Stelle eines

STUDENTISCHEN TUTORS

zu besetzen.

Aufgaben: 2 begleitende Tutorials zum Problemkreis „Differenzierung im Englischunterricht der Förderstufe“. (Nähere Auskünfte bei Herrn Bauch).

Bewerbungen an die Geschäftsführung des Englisch-didaktischen Seminars, 6 Frankfurt am Main, Kettenhofweg 139.

Am **Englisch-didaktischen Seminar**, Fachbereich 10, ist ab sofort die Stelle einer

WISSENSCHAFTLICHEN HILFSKRAFT OHNE ABSCHLUSS (50 Monatsstunden)

zu besetzen.

Aufgaben: Tätigkeiten in der allgemeinen Verwaltung, Sekretariatsarbeiten, wissenschaftliche Dienstleistungen.

Bewerbungen an die Geschäftsleitung des Englisch-didaktischen Seminars, 6 Frankfurt am Main, Kettenhofweg 139.

JÜNGERE KOLLEGIN FÜR HALBE TAGE GESUCHT

Wenn Sie Maschineschreiben können und in unserem netten Büro in Universitätsnähe gerne selbständig mitarbeiten möchten, so rufen Sie bitte an:

Funkkolleg-Zentralbüro, Herrn Lechtenfeld, 6 Frankfurt a. M., Robert-Mayer-Straße 20, Telefon 7 98-25 56

Im **Fachbereich 16 (Biologie)** ist in der **Arbeitsgruppe Mikrobengenetik** die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS (BAT II a)

neu zu besetzen. Zu den mit der Stelle verbundenen Aufgaben gehört die Mitarbeit an mikrobiologischen Praktika und an der Forschung der Arbeitsgruppe (Genetik der Bakteriophagen, Bakterien und Hefen; insbesondere Weitergabe und Reparatur des genetischen Materials). Vorkenntnisse auf entsprechenden Gebieten sollten vorhanden sein.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind möglichst bald zu richten an den Dekan des Fachbereichs Biologie, Frankfurt a. M., Siesmayerstraße 70.

Im **Fachbereich Biologie (Zoologie)** ist die Stelle einer

VERWALTUNGSANGESTELLTEN (BAT VII)

zu besetzen.

Aufgaben: Verwaltungs- und Schreibarbeiten im Sekretariat der Betriebseinheit Zoologie.

Bewerbungen sind zu richten an den Dekan des Fachbereichs Biologie der Universität Frankfurt am Main, Siesmayerstraße 70.

Im **Fachbereich Biologie – Arbeitsgruppe Humanbiologie (Anthropologie)** – ist die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS (BAT II a)

zu besetzen.

Arbeitsgebiet: Betreuung der wissenschaftlichen Sammlungen und Geräte, Mitwirkung an den Forschungsaufgaben der Arbeitsgruppe, organisatorische Vorbereitung der Lehrveranstaltungen und Praktika, Mitwirkung bei osteologisch-archäologischen Datierungen. Kenntnisse in Anatomie (besonders Osteologie), Chemie, Physik sowie generelle Kenntnisse in Vor- und Frühgeschichte.

Bewerbungen werden erbeten bis zum 15. 5. 1975 an den Dekan des Fachbereichs Biologie, Frankfurt am Main, Siesmayerstraße 70.

Der **Fachbereich Biologie (Zoologie)** sucht **2 TECHNISCHE ASSISTENTINNEN (BAT V b und BAT VI b)**

zur Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe (Prof. Dr. F. G. Barth), die sich mit Sinnes- und Verhaltensphysiologie beschäftigt.

Kenntnisse in elektronenmikroskopischen Techniken sind besonders erwünscht, aber nicht Vorbedingung.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden erbeten an den Dekan des Fachbereichs Biologie der Universität Frankfurt am Main, Siesmayerstraße 70, Telefon: 7 98-47 00.

Im **Fachbereich Biologie (Arbeitsgruppe Vergleichende Verhaltensphysiologie, Dr. Oehmke)** ist die Stelle einer

TECHNISCHE ASSISTENTIN, MIT HALBER STUNDENZAHL (BAT VI b)

zu besetzen.

Aufgabengebiet: Mitwirkung bei Verhaltensexperimenten mit Bienen.

Bewerbungen werden erbeten an den Dekan des Fachbereichs Biologie der Universität Frankfurt am Main, Siesmayerstraße 70, Telefon: 7 98-47 10.

Im **Fachbereich Biologie (Zoologie)** ist die Stelle eines (einer)

TECHNISCHEN ASSISTENTEN(IN) (BAT V c)

neu zu besetzen.

Aufgabengebiet: Hauptsächlich Mithilfe bei der Vorbereitung und Durchführung von Lehrveranstaltungen in der gesamten Zoologie.

Dazu gehören neben den üblichen Laborarbeiten:

1. Eigenverantwortliche Betreuung des Tiermaterials (einschl. Protozoen) für die Kurse und Großpraktika.
2. Anfertigung der für Praktika benötigten histologischen Präparate.
3. Technische Assistenz in Vorlesungen und Kursen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an den Dekan des Fachbereichs Biologie der Universität Frankfurt, Siesmayerstraße 70.

Im **Fachbereich Biologie, Betriebseinheit Botanik**, ist ab 1. 5. 1975 die Stelle einer

TECHNISCHEN ASSISTENTIN (HALBTAGS) VERGÜTUNGSGRUPPE BAT VI b

zu besetzen.

Bedingungen: Abgeschlossene Ausbildung als biologische, chemische oder medizinische technische Assistentin. Gute Fertigkeiten im Maschineschreiben. Englisch-Kenntnisse sind erwünscht.

Schriftliche Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an den Dekan des Fachbereichs Biologie der Universität Frankfurt am Main, Siesmayerstraße 70.

Paul-Ehrlich- und Ludwig-Darmstädter-Preis

Der Paul-Ehrlich- und Ludwig-Darmstädter-Preis 1975 wurde am 14. März im Rahmen einer Feier mit wissenschaftlichen Vorträgen im Klinikum der Johann Wolfgang Goethe-Universität an den in den USA arbeitenden Australier, Prof. George B. Mackness, an den Engländer, Prof. N. A. Mitchison, und an den Dänen, Prof. Dr. Martin Simonsen, überreicht. Der Paul-Ehrlich- und Ludwig-Darmstädter-Preis, die höchste wissenschaftliche Auszeichnung, die in der Bundesrepublik Deutschland vergeben wird, ist für Forscher vorgesehen, die sich auf den Arbeitsgebieten Paul Ehrlichs, der Immunologie, der Blutforschung, der Chemotherapie und der Krebsforschung, verdient gemacht haben. Der Preis ist in einen Haupt- und einen Nebenpreis geteilt, die jährlich abwechselnd am Geburtstag Paul Ehrlichs überreicht werden. In diesem Jahr wurde der Nebenpreis vergeben.

In seiner Laudatio schilderte der Dekan des Fachbereichs Humanmedizin der Universität Frankfurt, Professor Dr. Otto Hövels, die wissenschaftlichen Verdienste der Preisträger. Im folgenden bis auf einige Kürzungen der Wortlaut seiner Rede:

„Die Laudatio für die Herren Preisträger gibt mir die Gelegenheit, auf drei besondere Aspekte von Immunreaktionen des Säugetierorganismus einzugehen. Glücklicherweise machen es die Phönizier als Erfinder des von uns verwendeten Alphabets und die Art und Weise, wie wir von ihm Gebrauch machen, möglich, daß

im Falle der Untersuchungen von Dr. Mackness von Makrophagen an. Letztere werden erst durch den spezifischen Aktivierungsprozeß in die Lage versetzt, eingedrungene Krankheitserreger oder im Körper kreisende Tumorzellen durch Phagozytose zu vernichten ... Der von Dr. Mackness und seiner Arbeitsgruppe geführte Nachweis einer spezifischen Grundlage scheinbar unspezifischer Abwehrreaktionen des Körpers hat allgemeinere und dazu noch praktische Bedeutung. Es konnte gezeigt werden, daß die Steigerung der Resistenz eines Organismus, das heißt seiner Widerstandsfähigkeit gegenüber eingedrungenen infektiösen Erregern, durch Auslösung spezifischer Abwehrreaktionen zum Beispiel wiederholten BCG-Impfungen, eine sichere naturwissenschaftliche Grundlage hat. Vielen von Ihnen ist bekannt, daß entsprechende Wege in der Tumorthherapie beschränkt und vermutlich ausgebaut werden. Das Prinzip könnte auch für die Bekämpfung von Infektionskrankheiten, für die es keine spezifische Schutzimpfung gibt, eine Bedeutung bekommen können.

Professor Dr. N. A. Mitchison widmete seine Studien zunächst einem sehr speziellen immunologischen Abwehrvorgang, den Ursachen für die Abstoßung von Hauttransplantaten. Er konnte zeigen, daß dafür nicht allein, wie ursprünglich vermutet, im Blut zirkulierende Antikörper, sondern Zellen verantwortlich waren. Den Beweis dafür konnte er dadurch antreten, daß die Fähigkeit zur Abstoßung von Hauttransplantaten durch die Übertragung von Lymphocyten, die sich dann später als T-Lymphocyten erwiesen, auf einen anderen Organismus verpflanzt werden konnte.

Diese Entdeckung eröffnete einerseits die Möglichkeit, transplantiertes Gewebe durch Ausschaltung des „Killer“-Effektes der T-Lymphocyten zu schützen. Es ist verständlich, daß dies für die Erfolge der Transplantationschirurgie von vitaler Bedeutung ist. Andererseits konnte Dr. Mitchison darauf verweisen, daß auf dem Ausbleiben der Reaktion die Toleranz unseres Körpers gegenüber seinem eigenen Gewebe beruht. Dabei ist die Erforschung des Sonderfalles, nämlich der Frage, warum bösartig entartetes eigenes Körpergewebe nur unzureichend als fremd erkannt wird, deswegen von besonderer Bedeutung, weil eine Aufklärung dieses Vorganges die Möglichkeit einer gezielten immunologischen Tumorbehandlung dem Stadium der praktischen Anwendung näherbringen könnte. Die Forschungsergebnisse von Professor Dr. M. Simonsen führten ebenfalls zu bedeutenden Fortschritten auf dem Gebiet der Transplantationsimmunologie. Er konnte in Tierexperimenten nachweisen, daß auch die Abstoßung transplantierten Nieren auf einem immunologischen Vorgang beruht. Es ließ sich zeigen, daß für die Auslö-

sung des Vorganges bestimmte, den Blutgruppenfaktoren ähnliche Zelleneigenschaften verantwortlich sind. Die Voraussetzung, daß die mutmaßliche Verträglichkeit von Nierentransplantaten durch einen Vergleich dieser Eigenschaften beim potentiellen Spender und Empfänger abzuschätzen sei, ist durch die Erfolge der Gewebetypisierung bei der klinischen Nierentransplantation voll bestätigt worden.

Mit einer anderen, ebenfalls bestätigten Voraussage, hat Dr. Simonsen ein anderes Teilgebiet der Immunologie wesentlich befruchtet. Ausgehend von der Erkenntnis, daß mit „Killer“-Eigenschaften ausgestattete T-Lymphocyten für die Abstoßung transplantierten fremden Gewebes verantwortlich sind, schloß er, daß die Übertragung entsprechend aktivierter T-Lymphocyten auf einen abwehrschwachen Organismus in dem Gewebe des Empfängers schwere Schäden hervorrufen sollte. Dieses Phänomen ist als ‚Graft versus host-Reaktion‘ mittlerweile bekannt geworden. Es ist unter anderem die Ursache dafür, daß Transfusionen von Knochenmark erfolglos bleiben.

Meine anfangs gemachte Aussage, daß die wissenschaftlichen Arbeiten der Preisträger auf dem Gebiete der Immunologie liegen, läßt sich dahin präzisieren, daß sie Immunreaktionen zum Gegenstand haben, an denen T-Lymphocyten ausschlaggebend beteiligt sind. Soweit ich dies zu beurteilen vermag, war bei Beginn der jeweiligen Studien nicht voraussehbar, daß ein wesentlicher Teil ihrer Ergebnisse die Frage aufwerfen würde, wie diese Zellen, die eine so zentrale Rolle in unserem Immunsystem spielen, ihre Funktionen wahrnehmen. Dieses Auditorium umfaßt nicht

nur an der Wissenschaft interessierte Bürger und Wissenschaftler in unterschiedlichen Stadien ihres Wirkens, sondern auch Menschen, die an verschiedenen Stellen unseres Staates für Ausstattung und Planung wissenschaftlicher Institutionen und Aktivitäten Verantwortung tragen. Ihnen allen möchte ich zum Überdenken im Alltag eine Frage mit auf den Weg geben. Zeigt dieses Beispiel nicht exemplarisch die Grenzen, welche einer Forschungsplanung in bezug auf die Förderung kardinaler Ergebnisse gesetzt sind? Ich möchte dies deswegen bejahen, weil das besondere Beispiel noch einmal eindrucksvoll die triviale Erkenntnis belegt, daß

die Ergebnisse von Forschungsvorhaben, weil diese naturgemäß in unbekannte Bereiche vorstoßen, nur sehr begrenzt vorauszusagen und einzuplanen sind.“

Im Rahmen der Feierstunde wurde auch der Preis der Paul-Ehrlich-Stiftung für den wissenschaftlichen Nachwuchs 1975 verliehen. Er wurde geteilt an Dr. med. G. Burckhardt für seine Arbeit „Versuche zur Bestimmung der Zahl der Kaliumtransport-Sites an Ehrlich-Maus-Ascites-Tumorzellen“ und an Dr. med. Ruth Rapphela Thorbeck für ihre Arbeit „Molekularbiologische Untersuchungen zur Hemmung der DNA-Polymerase aus Leukämie-Viren“.

Bethmann-Preis

Zum Andenken an den 1942 in Rußland gefallenen Moritz von Bethmann hatten seine Eltern einen Preis gestiftet, der seit 1965 alle 3 Jahre an Angehörige der Johann Wolfgang Goethe-Universität verliehen wird. Unter „gebührender Beachtung und Würdigung deutsch-slavischer Nachbarschaft“ sollen die preisgekrönten Arbeiten „einen wesentlichen Beitrag zur Erforschung der Geschichte und Kultur Mittel- und Ostdeutschlands, sowie des Deutschums in Ost- und Südosteuropa, leisten“.

Am 8. Februar 1975 wurde dieser Preis zum dritten Male verliehen. Diesmal vom Fachbereich Geschichtswissenschaften an Dr. Lothar Dralle für seine Dissertation „Der Staat des Deutschen Ordens in Preußen nach dem II.

Thorner Frieden. Untersuchungen zur ökonomischen und ständepolitischen Geschichte Altpreußens zwischen 1466 und 1497“. Im Rahmen einer kleinen Feier erinnerte Johann Philipp Frhr. von Bethmann an den Wunsch seiner Eltern, damit auch ihre Verbundenheit mit der Universität auszudrücken und betonte die Gegenwarts- und Zukunftsbezogenheit der Geschichtswissenschaften. Der Dekan des Fachbereichs Geschichtswissenschaften wies in seinem kurzen Dank darauf hin, daß die Johann Wolfgang Goethe-Universität als Stiftung der Stadt und ihrer Bürger gegründet wurde und erst seit 1967 vom Land Hessen allein getragen wird. Stiftungen wie der Moritz von Bethmann-Preis sollten nicht als Nachklang, sondern als Ansatz zur Erneuerung dieser Tradition dienen.

YANKEE
Original US-Air-Force
Fallschirmspringertiefel
Der Gag und Modelhit
für junge Leute
Gr. 39-48 nur **DM 79,85**
Gr. 33-38 nur
DM 64,50
Vers. Post NN,garant. Umtausch u. Rückgaberecht, bei Nichtgefallen Geld zurück!
ÜBERSEE-IMPORT-CENTER
592 Bad Berleburg, Postfach 1150



ich mit dem Werk von Dr. Mackness und dadurch mit einer allgemeinen Reaktion beginnen kann, die unbemerkt bei jedem von uns sehr häufig abläuft, um unseren Körper vor dem Eindringen fremder Stoffe im allgemeinen und Krankheitserregern im besonderen zu bewahren. Gemeinsam mit seinen Mitarbeitern gelang es Dr. Mackness, den Ablauf einer Abwehrreaktion des Organismus gegen eingedrungene Krankheitserreger aufzuklären, die man zunächst als eine unspezifische, das heißt eine Reaktion aufgefaßt hatte, die unabhängig von der Natur der eingedrungenen Fremdkörper ausgelöst wird und abläuft. Sie wurde als Teil der unspezifischen Abwehrreaktionen angesehen, welche eine gewisse Resistenz oder Widerstandsfähigkeit des Organismus gegen Infektionen gewährleistet.

Elias Metschnikoff, ein in Paris forschender russischer Zeitgenosse Paul Ehrlichs, hatte beobachtet, daß in den Körper eingedrungene Krankheitserreger von weißen Blutzellen aufgenommen und dadurch unschädlich gemacht werden können. Er nannte diese „Freßzellen“ oder Phagocyten und den Vorgang Phagozytose. Später stellte sich heraus, daß unterschiedliche Zellen die Fertigkeit zur Phagozytose haben können. An der Auffassung über die mutmaßliche unspezifische Natur dieses Vorganges änderte dies nichts.

Dr. Mackness und seine Mitarbeiter konnten in sehr sinnreichen und gezielten Experimenten nachweisen, daß Metschnikoff, um mit einem Bilde zu reden, nur die Polizisten beobachtet hatte, die den Übeltäter schließlich verhaften. Sie konnten zeigen, daß dem ein frühzeitig einsetzender, durch T-Lymphocyten vollzogener Identifikationsprozeß vorausgeht. An diesen schließt sich eine Vermehrung spezifisch sensibilisierter Lymphocyten sowie eine Aktivierung und Mobilisierung von Phagocyten,

Auch als Student sollte man seine kleinen oder manchmal auch großen Geldangelegenheiten **einfach und bequem** erledigen (lassen).

Am besten mit der



Wir sagen Ihnen, wie's gemacht wird:
Zum Beispiel das mit

- BAFÖG,
- Privat-Giro-Konto,
- Sparvertrag,
- vermögenswirksamen Leistungen
- und Kredit.

Sie finden uns ganz in Ihrer Nähe:
Adalbertstr. 4a und
Schloßstr. 106/Ecke Robert-Mayer-Str.

Frankfurter Sparkasse von 1822
(Polytechnische Gesellschaft)
Hauptstelle: Frankfurt/Main,
Neue Mainzer Straße 49-51
und über 75 Zweigstellen



Sport für jedermann

Das Zentrum für Hochschulsport steht als Dienstleistungseinrichtung allen Mitgliedern und Angehörigen der Universität Frankfurt offen. Zur Teilnahme ist eine Anmeldung erforderlich, bei der eine Teilnehmerkarte ausgestellt wird. Die Teilnehmerkarte gilt als Ausweis gegenüber dem Personal des Zentrums. Die Teilnahme ist mit Ausnahme von Motorsport, Reiten, Segelflug und Yoga kostenlos.

Anmeldung: bis zum 11. April im Geschäftszimmer des Zentrums für Hochschulsport, Ginnheimer Landstraße 39, Telefon 7 98-45 16, in der Zeit von 9.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 15.30 Uhr. Ab 14. April nur noch direkt beim Übungsleiter in der jeweiligen Sportstunde.

Spiel und Sport für jedermann („Sportbasar“)

Hierbei handelt es sich um allgemeine Sportstunden mit einem abwechslungsreichen Programm an althergebrachten, aber auch eigens für den Freizeitsport entwickelten oder von der Gruppe neu zu entwickelnden Spielen und Sportformen. Inhalt und Intensität der Stunden werden von den Teilnehmern bestimmt. „Können“ irgendwelcher Art wird nicht vorausgesetzt. Jeder kann mitmachen, unabhängig vom Alter, Geschlecht und Leistungsvermögen.

gen. Besonders geeignet für alle, die aus Abneigung gegen Drill, Reglementierung, sturen Übungsbetrieb oder Überforderung eigentlich keine Turnhalle mehr betreten wollten.

Di. 18.00-20.00 Uhr Bettina Schule
20.00-22.00 Uhr Wöhler-Schule
Mi. 18.00-21.00 Uhr Halle 1
Fr. 18.00-21.00 Uhr Halle 1
Mo. 18.00-20.00 Uhr BezirksSportanl. West, „Trimmwiese“ (Umkleideräume Uni-Sportstätten)

Fitnestraining
Fitnestraining dient der Steigerung der individuellen körperlichen Leistungsfähigkeit. Es sollte jedoch, wo immer es geht, in Verbindung gebracht werden mit anderen, Erholung und Erlebnis einschließenden Freizeitaktivitäten wie Bergwandern, Ruderwandern, Segeln, Skilauf, Ballspielen usw. Fitnestraining sei Vorbereitung, nicht Hauptinhalt des Freizeitsports.

Allgemeines Fitnestraining
Mi. 18.00-19.30 Uhr Halle 5
19.30-21.00 Uhr Halle 5
Do. 18.30-20.00 Uhr Halle 5
Allgemeines und spezielles Konditionstraining für Wettkampfsportler

Mo. 17.00-19.00 Uhr Halle 5
Do. 17.00-18.30 Uhr Halle 5
Fitnestraining für Geübte (nur Aufsicht, keine Anleitung)
Di. 18.00-21.00 Uhr Halle 5
Fr. 18.00-21.00 Uhr Halle 5
Allgemeines Konditionstraining in der Halle
Mo. 18.00-20.00 Uhr Goethe-Schule
Fr. 18.00-20.00 Uhr Bonifatius-Schule
20.00-22.00 Uhr Bonifatius-Schule
Sa. 9.30-10.30 Uhr Halle 2 (anschließend Geländelauf)

Waldlauf/Geländelauf
Dauerlauf als Kreislauftraining. Einbeziehung natürlicher Geländeformen zur Schulung von Kraft, Beweglichkeit und Elastizität. Diese naturbezogene und im besonderen Maße gesundheitsfördernde Form des Fitnestrainings eignet sich für alle Altersgruppen. Länge der Laufstrecke und Dosierung der Belastung richten sich nach den Wünschen und Möglichkeiten der Teilnehmer.

Sa. 10.00-11.00 Uhr Treffpunkt, Stadion, Winter-sporthalle
11.00-12.00 Uhr (Umkleideräume)

Sa. 10.30-11.30 Uhr Treffpunkt Halle 2
Außerdem wird Unterricht in folgenden Sportarten gegeben: Badminton, Basketball, Boxen, Fechten, Fußball, Geräteturnen, Gymnastik, Hallenhandball, Judo, Ju Jitsu, Karate, Rudern, Schwimmen, Segelflug, Schwimmen, Trampolinspringen, Volleyball und Yoga. Für alle, die mit ihren Kolleginnen und Kollegen gemeinsam Sport treiben wollen, bietet das Zentrum für Hochschulsport auch Termine für „Betriebsport“.

Aufgespießt

Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Ständigen Ausschusses für das Bibliothekswesen am 3. 2. 1975:

„Der Ausschuss diskutiert ausführlich die bei der Begehung (der Bibliotheken) gewonnenen Eindrücke. Hierbei zeigten sich folgende Punkte ab:

a) Die räumliche Ausstattung der Bibliotheken ist gut. Dies trifft jedoch nicht für die in diesen Bibliotheken tätigen Bediensteten zu...“

Uni-Report rät: einige Pfunde zunehmen!

Studienwechsel ohne Grund: Kein Bafög

Ein Student, der ohne wichtigen Grund ein Studienfach wechselt, hat keinen Anspruch auf Leistungen aus dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFÖG). Mit dieser Begründung wies die Vierte Kammer des Verwaltungsgerichts Kassel den Antrag eines Studenten auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gegen das Land Hessen (vertreten durch die Gesamthochschule Kassel) ab.

Im vorliegenden Fall hatte ein Student elf Semester an der Gesamthochschule Kassel Kunst-Graphik studiert. Vom Wintersemester 1974/75 an nahm er das Studium der Kunsterziehung für das Lehramt an höheren Schulen auf.

Den Studienfachwechsel begründete er damit, daß er als Graphiker in seinem späteren Berufsleben nicht frei sei, sondern „sich den wirtschaftlichen Interessen seiner Auftraggeber unterordnen müsse.“ Eine solche berufliche Existenz vereinbare sich nicht mit seinen Vorstellungen. Diese Begründung sah das Verwaltungsgericht nicht als „wichtigen Grund“ an. (Az.: IV G 37/75)

Pupille-Programm im April

„Homosexualität & Gesellschaft am Beispiel Film“ heißt das Programm des Frankfurter Studienkinos Pupille im April. In Zusammenarbeit mit der Gruppe Rotzschwul werden drei Arten von Filmen gegenübergestellt, die sich mit der Homosexualität beziehungsweise mit den Homosexuellen auseinandersetzen.

Die erste Gruppe, die „Verdrängerfilme“, setzt sich praktisch nicht mit dem Problem auseinander, es wird verdrängt. In der zweiten Gruppe, den „Clichéfilmen“, wird mehr oder weniger offen über Homosexualität gesprochen, wobei sie nur zu oft kriminalisiert und als Krankheit oder persönliches Versagen hingestellt wird. Die „Underground- oder Avantgardefilme“ als dritte Gruppe wollen Clichés und Vorurteile durchbrechen. Sie stellen die Fragen nach den Ursachen und dem gesellschaftlichen Hintergrund spezifischer Probleme. Mit diesen Filmen und den anschließenden Diskussionen soll klargemacht werden, daß die Homosexuellen selbstbewußter werden müssen, daß sie für ihre Interessen eintreten müssen und daß sie nicht zulassen, in der Gesellschaft in eine Stellung gedrängt zu werden, in der sie „toleriert“ werden.

Für alle, die keine Probleme mit der Homosexualität haben, zeigt die Pupille eine „Fuzzy“-Retrospektive. Fuzzy, eine Art Anti-Held, stolpert mit Witz und Tücke durch einige Uralt-Western.

Die Spielzeiten der Pupille im Festsaal des Studentenhauses sind um 19.30 Uhr

und 22 Uhr. Eintritt: Studenten drei Mark, andere vier Mark.

Programm:

Freitag, 11. April

Marcopulos: Swain
Genet: Possession du Condamne
Praunheim: Die Bettwurst

Samstag, 12. April

Rosa von Praunheim: Nicht der Homosexuelle ist pervers...

Dienstag, 15. April

Howard Hawks: Zwei rechnen ab

Mittwoch, 16. April

Genet: Un chant d'amour
Praunheim: Schwestern der Revolution

Freitag, 8. April

Fuzzy, der Teufelskerl

Samstag, 19. April

Kenneth Anger: Fireworks; Scorpio Rising
Andy Warhol: Kiss Banana; Love making

Dienstag, 22. April

B. Corman: Bloody Mama

Mittwoch, 23. April

Boys in the sand

Freitag, 25. April

Sam Peckinpah: Pat Garrett jagt Billy the Kid

Samstag, 26. April

Fuzzy gegen Tod und Teufel

Dienstag, 29. April

Fuzzy rechnet ab

Mittwoch, 30. April

Peter Henzel: The harder they come

Wir meinen:
Eine gute Krankenkasse muß heute eine Gesundheitskasse sein.

Die KKH ist eine Gesundheitskasse

KKH-Mitglieder wissen warum:
Weil die KKH nicht nur bei Krankheit eintritt, sondern auch hilft, die Gesundheit zu sichern, z. B.



Coupon bitte ausschneiden, auf Postkarte aufkleben und an folgende Anschrift senden:

KAUFMÄNNISCHE KRANKENKASSE HALLE (KKH)

Hauptverwaltung, 3 Hannover, Hindenburgstraße 43-45, Tel. (05 11) 81 80 33 oder
6000 Frankfurt I, Steinweg 7, Tel. (06 11) 28 58 54-56
6000 Frankfurt II, Kurt-Schumacher-Straße 43, Tel. (06 11) 28 72 65
6000 Frankfurt-Süd, Schweizer Straße 44, Tel. (06 11) 68 99 60
6000 Frankfurt-Höchst, Königsteiner Straße 16, Tel. (06 11) 30 22 67
6000 Frankfurt-Bockenheim, Leipziger Straße 17, Tel. (06 11) 70 10 17